> Geschäftsbericht 2015

AHV IV FAK

Impressum

Herausgeber
Liechtensteinische AHV-IV-FAK, Vaduz

Konzept / Grafik
Medienbuero Oehri & Kaiser AG, Eschen

Druck
Matt Druck AG, Mauren

Bildnachweise
Paul Trummer (Front, S. 7, 8, 21, 31, 41, 47)
Eddy Risch (S. 4, 10, 12, 13, 42, 43)

Vorbemerkungen

Um den Lesefluss zu erleichtern, werden Begriffe, die sowohl in weiblicher als auch in männlicher Form existieren, meist nur in einer der Formen aufgeführt.

Übersichten können Rundungsdifferenzen aufweisen (da nur ein oder zwei Stellen hinter dem Komma angegeben sind).

Statistische Auswertungen und Übersichten betreffen nicht immer denselben Zeitraum wie die Jahresrechnung. Einzelne der ausgewerteten Zahlen können Momentaufnahmen darstellen. Daher können die statistischen Auswertungen und Übersichten zu einem gewissen Grad von der Jahresrechnung abweichen. Massgebend für die Jahresrechnung sind natürlich ausschliesslich die dort dargestellten Zahlen.

14. April 2016

«Mut zur Zukunft!»

Helmut Schmidt (1918 – 2015),
ehemaliger dt. Bundeskanzler

Inhalt

Vorwort 4
Einleitung 6

Jahresbericht 2015

1. Ergebnis im Überblick 8

2. Organisation 9
2.1 Allgemeines 9
2.2 Organigramm 9
2.3 Organe 10
2.4 Veränderungen im Berichtsjahr 12

3. Zusammenfassung und Ausblick 12
3.1 Das Wesentliche 12
3.2 Weitere Entwicklungen 14
3.3 Zielerreichung und Zielsetzung 15
3.4 Grenzwerte 18
3.5 Ausblick 19

4. Corporate Governance 20

5. Alters- und Hinterlassenenversicherung 22

6. Invalidenversicherung 26

7. Familienausgleichskasse 28

8. Übertragene Aufgaben 32
8.1 Ergänzungsleistungen 32
8.2 Hilflosenentschädigungen 33
8.3 Pflegegeld 33
8.4 Besondere medizinische Massnahmen 34
8.5 Blindenbeihilfen 34
8.6 Anschlusskontrolle im Bereich der 2. Säule 34
8.7 Rückverteilung der CO_2-Abgabe 35
8.8 ALV-Beitragsinkasso 35
8.9 Ressortaufgaben 35

9. Leistungsansätze und Finanzierung 36
9.1 Leistungsansätze 36
9.2 Finanzierung 38

10. Personal 40

11. Das Team «Finanz- und Rechnungswesen» 42

12. Anlagetätigkeit 44
12.1 Allgemeines 44
12.2 Berichtsjahr 45

Jahresrechnung 2015 48

Betriebsrechnung AHV 2015 48
Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2015 49
Betriebsrechnung IV 2015 50
Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2015 51
Betriebsrechnung FAK 2015 52
Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2015 53
Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2015 54
Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2015 55
Anhang 56
Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat zur Jahresrechnung 2015 62

Vorwort

> Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten

Verwaltungsratspräsident
Dr. Peter Wolff

Das Geschäftsjahr 2015 war für die AHV-IV-FAK-Anstalten hinsichtlich der Erbringung ihrer Leistungen und der administrativen Abwicklung ihrer Aufgaben ein problemloses Jahr. Weniger problemlos gestaltete sich in diesem Jahr die Entwicklung der Vermögenserträgnisse.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren musste eine sogenannte Negativperformance von 1,24 % in Kauf genommen werden. Dies bedingt durch ein Auf und Ab an den Börsen, welches sich leider anfangs diesen Jahres noch verstärkte. Gegenüber dem Vorjahr musste daher ein Buchverlust von CHF 31,71 Millionen betreffend das AHV-Fondsvermögen und von CHF 1,65 Millionen betreffend das FAK-Fondsvermögen in Kauf genommen werden. Wie man aus den Erfahrungen der letzten Jahre weiss, können aber auch viel stärkere Rückschläge (siehe das Ergebnis von 2008) in den Folgejahren in der Regel wieder aufgeholt werden.

Es darf daher davon ausgegangen werden, dass das AHV-Vermögen auch weiterhin mittel- und langfristig eine durchschnittliche Jahresperformance von 2 bis 2,5 % aufweist, wie dies trotz teilweise negativer Ergebnisse einzelner Jahre auch für die vergangenen 8 Jahre der Fall war. Man kann sich jedoch andererseits nicht unter allen Umständen darauf verlassen, dass der AHV-Fonds Jahr für Jahr Ergebnisse hervorbringt, die die Anzahl der verfügbaren Jahresausgaben erhöht. Immerhin beinhaltet der AHV-Fonds auch per Ende 2015 immer noch 10,74 Jahresausgaben und somit wesentlich mehr als von der Regierung in ihren Zielvorgaben im Rahmen der derzeit laufenden AHV-Gesetzrevision für das Jahr 2032 ins Auge gefasst.

Neben der ständigen Sorge um die Entwicklung des Wertes des Wertpapiervermögens des AHV-Fonds war diese nach wie vor im Landtag anhängige AHV-Gesetzesrevision ein weiterer Schwerpunkt des vergangenen Jahres. Im Hinblick auf den Verlauf der Eintretensdebatte und der ersten Lesung in der Dezember-Landtagssitzung kann man gespannt sein, in welcher Form und in welcher Höhe der Landtag schlussendlich den zukünftigen Staatsbeitrag an die AHV ab 2018 festlegen wird. Die Verminderung des Staatsbeitrages im Jahre 2015 um knapp CHF 10 Millionen auf nur noch CHF 50 Millionen hat sich ja bereits in diesem Jahr entsprechend in der Jahresrechnung als Teilursache für das negative Gesamtergebnis von CHF 25,65 Millionen niedergeschlagen. Eine weitere massive Herabsenkung des Staatsbeitrages ab 2018 hätte natürlich entsprechende Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresrechnungen. Man kann daher nur hoffen, dass sich der Landtag hier zu einer vernünftigen, die finanziellen Bedürfnisse

der AHV-Anstalt auch für die weitere Zukunft berücksichtigenden Lösung entschliessen wird.

Dies auch im Hinblick darauf, dass die zu erbringenden Leistungen der AHV-Anstalt Jahr für Jahr ansteigen, so auch im Jahre 2015 um wiederum 3,37 % (nach 3,27 % im Vorjahr). Im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung der Versicherten ist nicht anzunehmen, dass sich dieser Trend abschwächen wird. Umso mehr sind gesicherte finanzielle Grundlagen nötig.

Bei der Invalidenversicherung ist als erfreuliches Ergebnis zu verzeichnen, dass diese erstmals ohne jeden Staatsbeitrag auskam, da die Beiträge der Prämienzahler die Ausgaben um CHF 3,81 Millionen überstiegen und daher das Fondsvermögen auf nunmehr CHF 6,09 Millionen erhöht werden konnte. Der Trend, der sich hier schon in den letzten Jahren abgezeichnet hat (nämlich neuerliche Abnahme der Leistungen um gut 10 %), setzt sich daher unvermindert fort. Damit sollte Kritik an der angeblich in Einzelfällen zu grosszügigen Ausrichtung von Invalidenversicherungsrenten endgültig zum Schweigen gebracht worden sein.

Auch bei der Familienausgleichskasse überstiegen die Beitragseinnahmen die Ausgaben, sodass das zuvor erwähnte negative Vermögensanlageergebnis ausgeglichen und ein Nettoertrag von CHF 1,61 Millionen dem Fondsvermögen von nunmehr CHF 155,31 Millionen (entsprechend drei Jahresausgaben) zugewiesen werden konnte.

Bekanntlich ist vorgesehen bzw. wurde vorgeschlagen, der Familienausgleichskasse weitere Leistungen wie z.B. Kita-Finanzierung und Mutterschaftstaggeld aufzubürden. Hier wird man mit Augenmass vorgehen müssen, um die bisher verzeichneten jährlichen Überschüsse – die 2015 bei weitem nicht so üppig ausgefallen sind wie in den Jahren davor – nicht zu sehr zu belasten. Man wird wohl auch bei der Familienausgleichskasse ähnlich wie beim AHV-Fonds zumindest in den allernächsten Jahren nicht mit Vermögenserträgen wie in den Jahren 2012 bis 2014 rechnen können und sollte die Leistungsverpflichtungen daher höchstens um etwa CHF 2 bis 2,5 Millionen erhöhen.

Die Verwaltungskostenrechnung erbrachte wieder einen ansehnlichen Überschuss von CHF 3,62 Millionen, der vollumfänglich dem entsprechenden Fonds der Verwaltungskostenrechnung zugewiesen werden konnte. Dieser Fonds beinhaltet daher jetzt schon zwei Drittel eines Jahresaufwandes an Verwaltungskosten, wobei in diesem Zusammenhang auch positiv zu vermerken ist, dass die Verwaltungskosten nur etwa 3,2 % der gesamthaft von den drei Anstalten ausgerichteten Leistungen entsprechen, was der Verwaltung ein positives Zeugnis ausstellt.

Damit komme ich zum Dank an die diese Verwaltungsarbeit leistenden Personen, nämlich die Mitglieder der Direktion sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anstalt. Sie haben im Jahr 2015 wiederum die ihnen gestellte Aufgabe makellos erfüllt, so dass der Verwaltungsrat allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Mitgliedern der Direktion seinen Dank für diese hervorragende Leistung aussprechen kann.

Vaduz, am 03. März 2016

Liechtensteinische AHV-IV-FAK-Anstalten

Dr. Peter Wolff
Präsident des Verwaltungsrates

Einleitung

Sehr geehrter Herr Regierungschef
Sehr geehrte Frauen und Herren Regierungsräte

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften stellen wir Antrag auf Genehmigung des Geschäftsberichts 2015 (Jahresbericht und Jahresrechnung) und Entlastung des Verwaltungsrates durch die Regierung.

Zuständig für die Erstellung des Geschäftsberichts (Jahresbericht und Jahresrechnung) ist die Direktion (operative Geschäftsführung). Die externe Revisionsstelle überprüft die Geschäftstätigkeit und die Jahresrechnung. Der Verwaltungsrat (strategische Führung) ist das oberste Organ; er hat in seiner Sitzung vom 14. April 2016 den Revisionsbericht zur Kenntnis genommen und den Geschäftsbericht genehmigt.

Der formelle Genehmigungsprozess umfasst zwei Stufen. Der Geschäftsbericht bedarf nicht nur der Genehmigung des Verwaltungsrates, sondern auch der Genehmigung durch die Regierung.

Der genehmigte Geschäftsbericht ist von den AHV-IV-FAK-Anstalten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zudem ist der Geschäftsbericht durch die Regierung dem Hohen Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Hochachtungsvoll

Vaduz, 14. April 2016
Liechtensteinische AHV-IV-FAK

Dr. Peter Wolff
Präsident des Verwaltungsrates

Walter Kaufmann
Direktor

ORTOVOX
SWISSWOOL
bikemate

1 > Ergebnis im Überblick

(in Mio. CHF)

Anmerkung: Da der Überblick nur 2 Stellen hinter dem Komma erfasst, ergeben sich Rundungsdifferenzen.

AHV	2015	2014	Veränderung
Beiträge	227.04	226.27	*0.3%*
Vermögenserträge	–31.71	165.64	*–119.1%*
Staatsbeitrag	50.00	59.83	*–16.4%*
Einnahmen total	**245.33**	**451.74**	***–45.7%***
Ausgaben	**–270.98**	**–262.14**	***3.4%***
Gesamtergebnis	**–25.65**	**189.60**	***–113.5%***
Fondsvermögen	**2'911.08**	**2'936.73**	***–0.9%***
Fonds = Jahresausgabe mal	10.74	11.20	

IV	2015	2014	Veränderung
Beiträge	43.66	43.51	*0.3%*
Vermögenserträge	0.00	0.00	
Staatsbeitrag	0.00	0.72	*–100.0%*
Einnahmen total	**43.66**	**44.23**	***–1.3%***
Ausgaben	**–39.85**	**–44.47**	***–10.4%***
Gesamtergebnis	**3.81**	**–0.24**	***–1687.5%***
Fondsvermögen	**6.09**	**2.28**	***167.1%***
Fonds = Jahresausgabe mal	0.15	0.05	

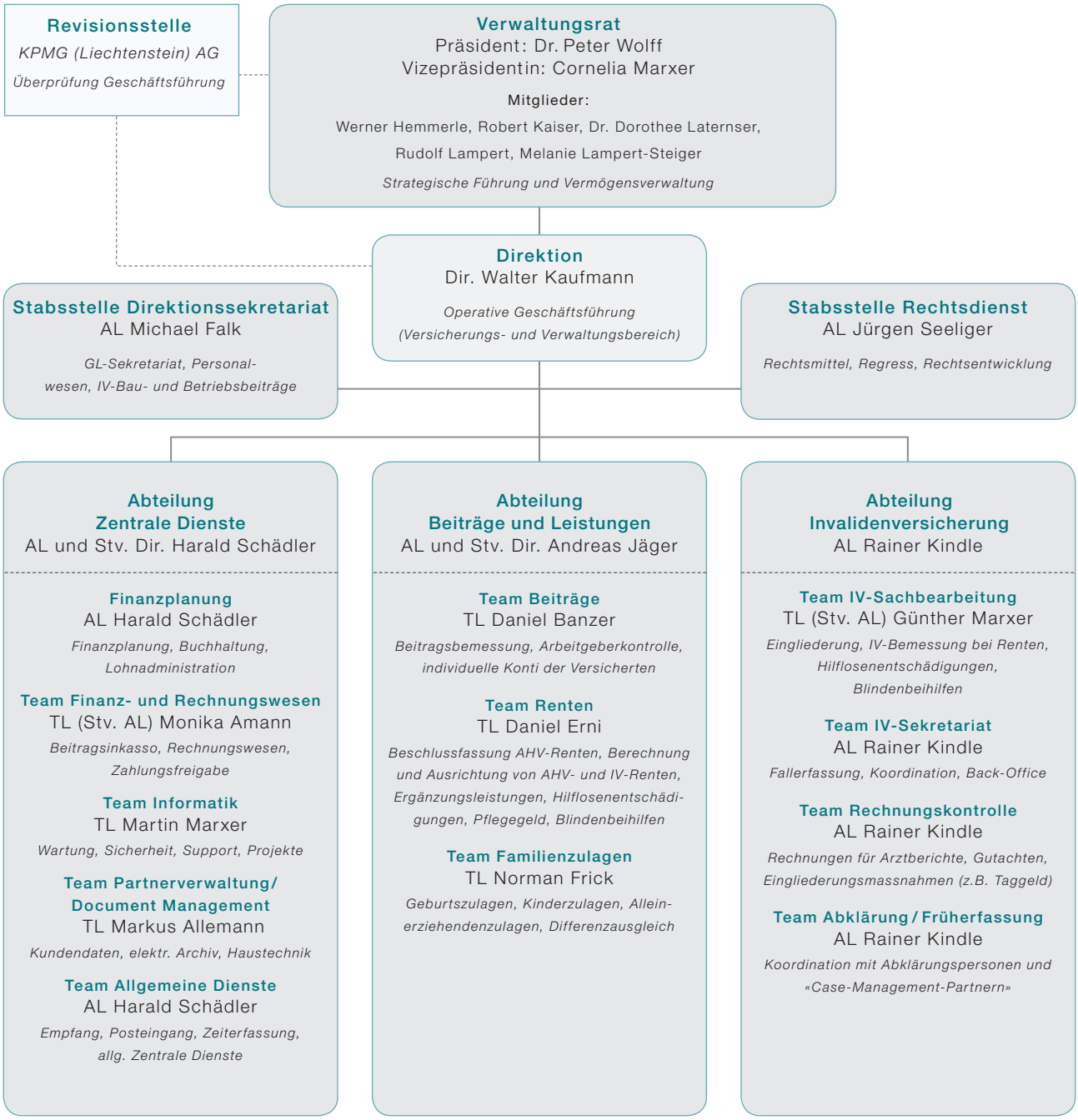
FAK	2015	2014	Veränderung
Beiträge	55.28	55.11	*0.3%*
Vermögenserträge	–1.65	8.25	*–120.0%*
Staatsbeitrag	0.00	0.00	
Einnahmen total	**53.63**	**63.36**	***–15.4%***
Ausgaben	**–52.02**	**–50.55**	***2.9%***
Gesamtergebnis	**1.61**	**12.81**	***–87.4%***
Fondsvermögen	**155.31**	**153.71**	***1.0%***
Fonds = Jahresausgabe mal	2.99	3.04	

Verwaltungskosten	2015	2014	Veränderung
Vergütung für übertragene Aufgaben	2.27	2.43	*–6.6%*
Nettoertrag	13.83	15.99	*–13.5%*
Ertrag total	**16.10**	**18.42**	***–12.6%***
Aufwand für übertragene Aufgaben	–2.27	–2.43	*–6.6%*
Nettoaufwand	–10.21	–9.20	*11.0%*
Aufwand total	**–12.48**	**–11.63**	***7.3%***
Gesamtergebnis	**3.62**	**6.79**	***–46.7%***
Fonds VK–Rechnung	**8.16**	**4.54**	***79.7%***
Fonds = Total-Jahresaufwand mal	0.65	0.39	
Fonds = Netto-Jahresaufwand mal	0.80	0.49	

2.1 Allgemeines

Die AHV-IV-FAK-Anstalten (Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung, Familienausgleichskasse) sind formell drei einzelne öffentlich-rechtliche Anstalten. Per Gesetz sind sie funktionell in Personalunion verbunden und haben identische Organe (Verwaltungsrat, Direktion, Revisionsstelle). Sie unterstehen der Oberaufsicht durch die Regierung. Sie erfüllen die Aufgabe eines Trägers im Bereich der sozialen Sicherheit und führen die vom Gesetzgeber erlassenen Regelungen durch. Die einzelnen Aufgaben sind in den Statuten zusammengefasst. Statuten, Reglemente, Eignerstrategie sowie Auszüge aus dem Handelsregister sind im Internet einsehbar *(www.ahv.li/ueber-uns/organisation/allgemeines.html)*.

2.2 Organigramm



Der Verwaltungsrat: v.l. Werner Hemmerle, Melanie Lampert-Steiger, Rudolf Lampert, Dr. Dorothee Laternser, Dr. Peter Wolff (Präsident), Cornelia Marxer (Vizepräsidentin), Dr. Mauro Pedrazzini (Regierungsrat) und Robert Kaiser

2.3 Organe

Verwaltungsrat

Die Bestellung des Präsidenten und der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates obliegt der Regierung (Art. 22 Abs. 2 Bst. a AHVG) und erfolgte in der Sitzung vom 22. Mai 2012; die Mandatsdauer erstreckt sich bis zum 21. Mai 2016. Die Wahl der Vizepräsidentin und damit auch die Bestellung in den Anlagefachausschuss obliegt dem Verwaltungsrat (Ziff. 7.3 der Statuten) und erfolgte in der Sitzung vom 28. Juni 2012.

Präsident
Vizepräsidentin
Mitglieder

- Dr. Peter Wolff, Krüzbünt 2, Schaan (seit Juni 2008)
- Cornelia Marxer, Alemannenstr. 6, Nendeln (seit Mai 2012)
- Werner Hemmerle, Drescheweg 1, Vaduz (seit Juni 2008)
- Robert Kaiser, Badäl 37, Gamprin (seit Juni 2008)
- Rudolf Lampert, Krummenacker 8, Mauren (seit Mai 2012)
- Melanie Lampert-Steiger, Rossfeld 34, Schaan (seit Mai 2012)
- Dr. Dorothee Laternser, Haldenweg 2, Triesen (seit Juni 2008)

Revisionsstelle

Die Bestellung obliegt der Regierung (Art. 10 und 22 Abs. 2 Bst. e AHVG). Seit 2010 handelt es sich um:

- KPMG (Liechtenstein) AG, Landstr. 99, Schaan
- Mandatsleitung: Daniel Steiner (Wirtschaftsprüfer)
- Revisionsleitung: Markus Ackermann (Wirtschaftsprüfer)

Direktion und erweiterte Geschäftsleitung

Mitglieder der Direktion werden durch den Verwaltungsrat gewählt (Art. 7 Abs. 1 Bst. e und Art. 8 AHVG). Leiter der einzelnen Abteilungen/Stabsstellen zählen zur erweiterten Geschäftsleitung und werden ebenfalls durch den Verwaltungsrat bestimmt (Ziff. 6.5 des Organisations-Reglements). Die Arbeitsverträge sind privatrechtlich und unbefristet (vgl. Ziff. 10.3 der Statuten).

Direktor	• Walter Kaufmann, Meierhofstr. 39, Triesen
Stv. Direktor	• Harald Schädler, Im Täscherloch 27, Triesenberg
Stv. Direktor	• Andreas Jäger, Feldkreuzweg 16, Feldkirch
	• Rainer Kindle, Maschlinastr. 88, Triesen
	• Michael Falk, Möliweg 18a, Schaan
	• Jürgen Seeliger, Deutsche Strasse 13, Trimmis

Kurz-Lebensläufe

http://www.ahv.li/ueber-uns/organisation/verwaltungsrat/ und *http://www.ahv.li/ueber-uns/organisation/direktion-geschaeftsleitung/*

Bezüge

im Anhang zur Jahresrechnung (dort: Ziffer 2.7)

Teamleitung Beiträge: v.l. Hubert Maier, Daniel Banzer

2.4 Veränderungen im Berichtsjahr

Im Geschäftsjahr 2015 gab es keine Veränderung bei den gesetzlichen Organen (Verwaltungsrat, Direktion, Revisionsstelle) oder auf Stufe der erweiterten Geschäftsleitung (Abteilungsleiter, Stabsstellenleiter).
Auf Stufe Teamleiter bereitete sich Hubert Maier (Vorarlberger-Strasse 59, 9486 Schaanwald), der am 15. Oktober 2015 das 30. Dienstjubiläum feiern konnte, auf seine 2016 erfolgende Pensionierung vor. Er wurde per 1. November 2015 durch Daniel Banzer (Oberfeld 76, 9495 Triesen) als «Teamleiter Beiträge» abgelöst.

> 3 Zusammenfassung und Ausblick

3.1 Das Wesentliche

Zusammenfassend liegt der Fokus auch für das Berichtsjahr wiederum bei der AHV. Dabei gibt es zwei Punkte, das Jahresergebnis und die laufende Gesetzesrevision.

- **In absoluten Zahlen war für die AHV das finanzielle Jahresergebnis 2015 unterdurchschnittlich. Das ist zwar angesichts der Situation an den Kapitalmärkten absolut keine Überraschung, aber ein solches negatives Stichtagsergebnis ist, auch wenn es nicht überraschend kommt, am Stichtag dann eben trotzdem enttäuschend. Das AHV-Gesamtergebnis 2015 ist mit CHF –25.65 Mio. im negativen Bereich. Die «Kennzahl Jahresausgaben in Reserve» sinkt von 11.20 Ende 2014 auf 10.74 Ende 2015.** Das AHV-Gesamtergebnis 2015 ist durch zwei Aspekte geprägt: der im Vergleich zu den Vorjahren erstmals gesenkte Staatsbeitrag (CHF 9.83 Mio. weniger als im Vorjahr), vor allem aber der Verlust bei den Vermögenserträgen (CHF 31.71 Mio. nicht realisierte Buchverluste). Das Ergebnis der Vermögensanlagen ist nicht überraschend. In den früheren versicherungsmathematischen Gutachten, die für die laufende Revision des AHV-Gesetzes verwendet werden und mit einem Prognosezeitraum ab 2013 beginnen, war ein Kapitalertrag von 2.0% für die Jahre 2013 und 2014 bzw. 2.5% für die Jahre ab 2015 als Szenario angenommen worden. In den Gutachten musste dabei für die Zwecke der Prognose eine vereinfachte Methode verwendet werden: Kapitalertrag in Prozent auf dem Kapital per 31.12. des Vorjahres. Um den Vergleich zu diesem Szenario beizubehalten: der effektive Kapitalertrag 2015 von CHF –31.71 Mio. würde –1.08% auf dem Kapital per 31.12.2014 entsprechen (das darf jedoch nicht mit der Anlage-Rendite verwechselt werden). Im mittelfristigen Schnitt über die drei Jahre 2013, 2014 und 2015 liegt diese vereinfachte Zahl (Kapitalertrag ausgedrückt in

Prozent des Vorjahres-Kapitals) für die AHV mit 3.25% noch über dem Szenario der versicherungsmathematischen Gutachten. Künftig unterdurchschnittliche Anlageergebnisse würden den Schnitt natürlich drücken, mit Vermögensrenditen von 2 oder mehr Prozent darf kurzfristig auch nicht gerechnet werden.

- **Entscheidend für die langfristige finanzielle Sicherheit der AHV war aber vor allem das Eintreten des Landtags in dessen Sitzung vom 3. Dezember 2015 auf die konkreten Gesetzesnovellierungs-Vorschläge der Regierung.** Die Herausforderung liegt hier darin, dass diese Gesetzesvorlage zwei gegensätzliche Ziele verfolgen muss: einen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts auf der einen Seite (durch eine im Vergleich zur historischen Situation tiefere Festsetzung des Staatsbeitrags an die AHV) und Massnahmen zur Kompensation (des tiefer ausfallenden Staatsbeitrags) sowie, über diese Kompensation hinausgehend, zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV auf der anderen Seite.

Diese politisch schwierigste AHVG-Revision der letzten Jahrzehnte ist bei Abschluss dieses Jahresberichts natürlich noch nicht beendet. Die Einzelheiten zu den bisherigen Gesetzgebungsarbeiten sind in den verschiedenen öffentlich im Internet zugänglichen Dokumenten einsehbar: versicherungsmathematische Gutachten, Vernehmlassungsbericht der Regierung, Stellungnahmen (Parteien, Verbände, usw.) zu diesem Vernehmlassungsbericht, Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag, Protokoll der 1. Landtagssitzung. Es ist nun im Lichte der Erörterungen der 1. Lesung im Landtag eine Stellungnahme bzw. ein überarbeiteter Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag zu erwarten. Eine laufend aktualisierte Zusammenfassung zum Stand der Dinge ist abrufbar auf http://www.ahv.li/ ➦ aktuelles/ahv-gesetzesrevision-2017

Für die Kunden nicht spürbar, aber im Hintergrund neben dem Tagesgeschäft und mit hohem Ressourceneinsatz zu leisten war die Einführung einer zeitgemässen IT-Lösung für die Invalidenversicherung. Die IV arbeitete seit Jahrzehnten mit einem zwar stabilen, aber wartungsintensiven, wenig flexiblen und in der Anwendung unpraktikablen Host-System. Durch den auf 1. Mai 2012 erfolgten Beitritt zum Verein GILAI (Groupe informatique Latin Assurance-Invalidité) konnte die IV dessen IT-Lösung «Web@AI» wie geplant (vgl. Geschäftsbericht 2013 S. 12 f) im 2015 übernehmen. Die Datenmigration erfolgte am 17. November 2015. Damit verfügt nun auch die IV über eine zeitgemässe, flexible und kostengünstige IT-Lösung in Kooperation mit den schweizerischen Partnern (inkl. Liechtenstein arbeiten 20 IV-Stellen mit über 1'700 Mitarbeitenden mit dieser Lösung). Derartige Entwicklungen, so unspektakulär sie gegenüber aussen verlaufen, sind entscheidend für die operative Effizienz des Unternehmens. Die Infrastruktur und hier eben v.a. die funktionierende IT ist für ein modernes Dienstleistungsunternehmen entscheidend für den Unternehmenserfolg (vgl. Ziff. 7.5 der Unternehmensstrategie). Man darf dabei nicht vergessen, es geht nicht nur

Direktion und Abteilungsleiter: v. l. Andreas Jäger, Leiter Beiträge und Leistungen; Rainer Kindle, Leiter Invalidenversicherung; Walter Kaufmann, Direktor; Jürgen Seeliger, Leiter Rechtsdienst; Harald Schädler, Leiter Zentrale Dienste und Michael Falk, Leiter Direktionssekretariat.

um erstmalige Rentenanträge. Insgesamt wurden im Tagesgeschäft der IV 2015 total 3'334 Entscheidungen getroffen. Massgeblich waren hier vor allem die Prüfung von ca. 540 neuen Rentenanträgen und 500 laufenden Renten, ca. 650 Hilflosenentschädigungen und Pflegegelder, über 500 Hilfsmittel und rund 400 medizinische Massnahmen. Weitere ca. 700 Entscheidungen betrafen Leistungen wie berufliche Massnahmen, Lohnzuschuss, Blindenbeihilfe oder Abklärungen im Rahmen der Früherfassung.

3.2 Weitere Entwicklungen

Im Berichtsjahr selbst (2015) sind keine gesetzlichen Neuerungen in Kraft getreten (abgesehen von der Herabsetzung des AHV-Staatsbeitrags ab 1. Januar 2015, die der Landtag bereits in der Sitzung vom 20. Oktober 2011 beschlossen hatte).

Folgende Neuerungen werden nach dem Berichtsjahr, also 2015 oder später, wirksam:

- Die EL-Pauschalen werden ab 1. März 2016 für die Prämien an die obligatorische Krankenversicherung angehoben (Änderung der ELV, LGBl. 2016 Nr. 8).
- Die maximal zulässige Prämien-Pauschale ab 1. Januar 2017 wird im ELG betragsmässig an die Durchschnittsprämien nach KVG gekoppelt (Änderung des ELG, LGBl. 2016 Nr. 4).

Im zwischenstaatlichen Bereich konnten im Laufe des Jahres 2015 die Vorbereitungsarbeiten zur Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 vom 29.04.2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in das EFTA-Abkommen abgeschlossen werden. Deshalb gilt seit dem 01.01.2016 im Verhältnis Schweiz und Liechtenstein für EFTA-Bürger/innen die EU-Verordnung (EG) Nr. 883/2004. Es ergeben sich Änderungen in der Sozialversicherungsunterstellung bei paralleler Beschäftigung in der Schweiz und in Liechtenstein. Für die Neubeurteilung bestehender Unterstellungen gilt eine zehnjährige Übergangsfrist (sofern sich der Sachverhalt nicht ändert und kein Antrag der versicherten Person gestellt wird, dass die Unterstellung nach den neuen Regeln beurteilt wird). Die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 gilt im EWR schon seit dem Jahr 2012 und wurde seither mehrfach geändert. Die aktuelle Version wurde nun in das EFTA-Abkommen übernommen. In der praktischen Anwendung hat die AHV-IV-FAK schon Erfahrungen gesammelt. Neu gilt ab 01.01.2016 bei der Unterstellung für Personen mit einer EFTA-Staatsangehörigkeit (CH/IS/LI/NO) folgendes: Wird im Wohnsitzstaat eine Nebenerwerbstätigkeit von weniger als 25% ausgeübt, so ist der Staat zuständig, in dem die Haupterwerbstätigkeit ausgeübt wird (75% und mehr), und zwar für die gesamte Erwerbstätigkeit. Zudem ist es nicht mehr möglich, im einen Staat als Arbeitnehmer bzw. unselbständig Erwerbender (USE) und im anderen Staat als selbständig Erwerbender (SE) unterstellt zu sein. Die Änderungen werden sich in der Praxis hauptsächlich im Verhältnis Schweiz und Liechtenstein auswirken. Im Vergleich zur vorherigen Regelung sollten dank der neuen Unterstellungsregeln mehr Sozialversicherungsbeiträge von schweizerischen Grenzgängern/innen wieder nach Liechtenstein fliessen. Für die AHV, IV und FAK werden sich gemäss Schätzungen im Bericht und Antrag der Regierung Mehreinnahmen an Beiträgen von rund drei Millionen Franken ergeben. Ein weiterer Vorteil des Inkrafttretens der Verordnung im Verhältnis Schweiz und Liechtenstein ist, dass die den nationalen Sozialversicherungsträgern geschuldeten Beiträge auch im anderen Staat zwangsweise eingetrieben werden können. Kleinere Änderungen ergeben sich auch im Bereich der Koordinierung der Familienzulagen. So werden Ersatzeinkommen, wie Kranken-, Arbeitslosen-, Invalidentaggelder einem Einkommen gleichgestellt, was in Einzelfällen eine Änderung der prioritären Zuständigkeit für die Ausrichtung von Kinderzulagen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten zur Folge haben kann.

Die Fundstellen der einzelnen Vernehmlassungsberichte der Regierung, der Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag sowie der Landtagsprotokolle stehen elektronisch zur Verfügung:

- http://www.llv.li/#/11076/ ➦ vernehmlassungen

- http://www.llv.li/#/12312/ ➦ berichte-und-antrage

- http://www.landtag.li/protokolle/

Die Fundstellen der Gesetze und Verordnungen sind ebenfalls elektronisch abrufbar (Ziff. 8 für die jeweils aktuellen Rechtsvorschriften

aus dem Bereich «Soziale Sicherheit» in der Rubrik «Konsolidiertes Recht» bzw. «Landesgesetzblatt» für die einzelnen Abänderungserlasse):

- www.gesetze.li

3.3 Zielerreichung und Zielsetzung

Aufgabe der AHV-IV-FAK-Anstalten ist es, Monat für Monat zuverlässig finanzielle Leistungen an die Kunden zu erbringen. Die Leistungen selbst und deren langfristige finanzielle Sicherheit sind vom Gesetzgeber definiert. Die Leistungserbringung jedoch ist in der Verantwortung der AHV-IV-FAK-Anstalten. Hier besteht das Ziel in der Bewältigung eines Massengeschäfts in hoher Qualität in Bezug auf Korrektheit und Rechtzeitigkeit der Zahlungen. Im 2015 konnten an ca. 31'400 Kunden (Stand Dezember 2015) ca. CHF 32.4 Mio. pro Monat (jährliche Leistungen 2015, durch 12) ausgerichtet werden. Grundsätzliche Systemfehler bestehen keine und bezüglich der Rechtzeitigkeit gibt es keine systemweiten Ausfälle.

Bei den im internen Kontrollsystem beobachteten betriebsrelevanten, geschäftsweiten Risiken gibt ein einziges Risiko, das Sorgen bereitet: die langfristige finanzielle Sicherheit. Es ist beruhigend, dass dieses Risiko «under management» ist. Der Gesetzgeber wird eine Lösung wählen. Idealerweise ist dies ein «Interventionsmechanismus» (wie von der Regierung vorgeschlagen und vom Landtag in 1. Lesung grundsätzlich begrüsst); «worst case» wäre ein ungesteuerter Reservenabbau, wenn der Gesetzgeber sich wider Erwarten dafür entscheiden sollte.

Bemerkenswert ist immer noch das Interesse der Kunden an provisorischen Rentenvorausberechnungen: 2009 mit 1'458 provisorischen Berechnungen, 2010 mit 1'443 (–1%), gefolgt von 2011 mit 1'649 (+14%), 2012 mit 1'617 (–2%), 2013 mit 1'461 (–10%), 2014 mit der Rekordzahl 1'722 (+21%), 2015 mit 1'530 (–11%).

Kunden auf der Leistungsseite (Dezemberzahlung)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
AHV-Altersrenten	16'403	17'186	17'939	18'685	19'361	*3.6 %*
AHV-Verwitwetenrenten	1'619	1'707	1'775	1'892	2'008	*6.1 %*
IV-Renten	2'205	2'203	2'124	2'110	2'089	*–1.0 %*
Familien	6'535	6'500	6'581	6'317	6'323	*0.1 %*
Ergänzungsleistungen	672	700	745	761	780	*2.5 %*
Hilflosenentschädigungen	382	376	404	420	415	*– 1.2 %*
Pflegegeld	300	326	366	390	381	*–2.3 %*
Blindenbeihilfen	44	38	42	41	43	*4.9 %*
Total	**28'160**	**29'036**	**29'976**	**30'616**	**31'400**	***2.6 %***

Bei den Kundenzahlen (Stand: Dezemberzahlung) für die monatlich wiederkehrenden Zahlungen sind auch Doppelzählungen enthalten (wer z.B. ein Pflegegeld hat, kann auch eine Altersrente oder Invalidenrente beziehen). Nicht erfasst sind jedoch die zahlreichen «Einzelfall-Kunden» (wie z.B. bei Kostenbeiträgen an Hilfsmittel, bei Leistungen für medizinische Massnahmen usw.) oder die zeitlich befristeten Kunden (z.B. bei Ausrichtung von Taggeld während einer Eingliederung). Ebenfalls nicht erfasst sind hier auch die zahlreichen monatlich wiederkehrenden «Zusatz-Leistungen» (über 3'000 «Fälle») wie z.B. Kinderrenten, Waisenrenten (auch wenn diese rechtlich als eigene Rentenart zu betrachten sind) und die «Zusatzrenten für die Ehefrau» (ein «auslaufendes» Übergangsmodell). Im Vergleich zu den Vorjahren wurde die Zählweise bei «Ergänzungsleistungen» präzisiert (vgl. das Kapitel «8.1 Ergänzungsleistungen).

Leistungen in Mio. CHF						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
AHV	234.94	245.14	253.83	262.14	270.98	*3.4 %*
IV	55.34	51.76	49.67	44.47	39.85	*– 10.4 %*
FAK	49.35	50.36	50.97	50.55	52.02	*2.9 %*
Ergänzungsleistungen	9.00	9.24	10.09	9.82	10.51	*7.0 %*
Hilflosenentschädigungen	3.61	3.62	3.87	4.14	4.09	*– 1.2 %*
Pflegegeld	7.64	7.63	7.52	7.79	7.87	*1.0 %*
bes. mediz. Massnahmen	3.09	3.13	3.54	2.93	3.37	*15.0 %*
Blindenbeihilfen	0.27	0.20	0.20	0.21	0.20	*– 4.8 %*
Total	**363.24**	**371.08**	**379.69**	**382.05**	**388.89**	***1.8 %***
Jahresausgabe durch 12	**30.27**	**30.92**	**31.64**	**31.84**	**32.41**	***1.8 %***

Bei den Leistungen (Ausgaben) gezählt werden die Zahlen gemäss Jahresrechnung (also bspw. bei der IV auch Ausgaben, die nicht nur IV-Renten betreffen). Ausser Acht gelassen wird die CO2-Rückverteilung an Arbeitgeber (auch eine «frankenmässige» Leistung). Ebenfalls nicht berücksichtigt werden das ALV-Beitragsinkasso und die BPVG-Anschlusskontrollen.

Die AHV-IV-FAK-Anstalten haben bei ihrem Gesetzesauftrag auch verschiedene Maximen wie etwa das Wechselspiel zwischen Qualität und Kosten-/Nutzen-Überlegungen zu beachten. Kerngeschäft ist der Versicherungsbereich («Leistungen an Kunden»), das Verwaltungsgeschäft hat dabei nur die Aufgabe, das Kerngeschäft effizient und wirtschaftlich durchzuführen. Das Ziel liegt darin, im langjährigen Schnitt die Verwaltungskosten unter 4.0% der «Leistungen an Kunden» zu halten. Das Ziel wurde auch im Berichtsjahr 2015 erreicht (deutlich überschritten wurde der Grenzwert einzig anno 2012 wegen der Sanierung der Pensionskasse, würde dies ausgeklammert, läge der Wert 2012 bei 3.8%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Liechtenstein auch der Verwaltungsaufwand für die IV und FAK aus den Verwaltungskosten und nicht aus den jeweiligen Betriebsrechnungen von IV und FAK bestritten wird. Zudem müssen auch Aufgaben durchgeführt werden, die nicht in der Ausrichtung von Leistungen resultieren (auch diese Aufgaben verursachen aber Verwaltungsaufwand). Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber zuletzt stark in Richtung einer Bremsung des Ausgabenwachstums tendiert (seit 2011 wurden die Leistungsansätze nicht mehr erhöht, ausserdem sind Ende 2014 kollektive Leistungen von der IV an den Staat übergegangen), dass aber die Kundenzahlen, d.h. das Auftragsvolumen, natürlich trotzdem steigt.

Verwaltungskosten (VK)						
Leistungen / VK in Mio. CHF	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Total Kunden (Dezember)	28'160	29'035	29'956	30'633	31'400	*2.5 %*
Total Leistungen an Kunden	363.24	371.08	379.69	382.05	388.89	*1.8 %*
Total Verwaltungskosten	14.20	22.95	12.29	11.63	12.48	*7.3 %*
VK in % der Leistungen	3.9%	6.2%	3.2%	3.0%	3.2%	

Auf der Beitragsseite bleiben die AHV-IV-FAK-Anstalten von ihren Kunden abhängig: keine eingehenden Beiträge hiesse langfristig eben auch keine Leistungen. Die Bedeutung der Wirtschaft vor allem für die AHV bleibt enorm (vgl. dazu die graphische Darstellung «Mittelherkunft» im Kapitel «5. Alters- und Hinterlassenenversicherung») und nimmt tendenziell in der Bedeutung zu (Rückgang des Staatsbeitrags, Volatilität der Vermögenserträge). Der entscheidende Teil der Beitragseinnahmen ist durch die Lohnsummenmeldungen der Arbeitgeber vorbestimmt (dahinter stehen natürlich zehntausende Arbeitnehmer mit Lohnbeiträgen). Die Beitragsausfallquote steigt 2015 (und wohl auch 2016) etwas an, ist aber seit Jahren auf gutem Niveau (Zielwert: im Schnitt der Jahre unter 0.25%) und belegt ebenfalls die Kooperation der Beitragspflichtigen.

Kunden auf der Beitragsseite (Dezember)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
Arbeitgeber	4'328	4'410	4'518	4'607	4'653	*1.0 %*
Selbständigerwerbende	2'005	2'013	2'011	2'024	2'001	*–1.1 %*
Nichterwerbstätige	4'395	4'142	3'999	3'791	3'709	*– 2.2 %*
Freiwillig Versicherte	70	75	69	67	66	*– 1.5 %*
ANOBAG (Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber)	21	41	53	61	76	*24.6 %*
Total der Kunden	**10'819**	**10'681**	**10'650**	**10'550**	**10'505**	***– 0.4 %***

Beitragsvolumen in Mio. CHF (AHV-, IV-, FAK- und Verwaltungskosten-Beiträge; ohne ALV-Beiträge)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
vereinnahmte Beiträge	**308.45**	**319.74**	**325.96**	**340.88**	**339.81**	***– 0.3 %***
davon «Löhne» (Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer)	*96.6 %*	*96.9%*	*96.9 %*	*97.0 %*	*96.8 %*	
davon «Übrige» (Beiträge von Selbständigerwerbenden usw.)	*3.4 %*	*3.1%*	*3.1 %*	*3.0 %*	*3.2 %*	
vereinnahmte Beiträge	308.45	319.74	325.96	340.88	339.81	*– 0.3 %*
abgeschriebene Beiträge	0.32	0.35	0.45	0.43	0.70	*62.8 %*
Inkasso abgeschr. Beiträge	0.09	0.15	0.12	0.31	0.14	*– 54.8 %*
Beitragsausfall	0.23	0.20	0.33	0.12	0.56	*366.7%*
Beitragsausfall in %	*0.08 %*	*0.06 %*	*0.10 %*	*0.04 %*	*0.16 %*	

3.4 Grenzwerte

Wie in den Vorjahren werden an dieser Stelle ausgewählte «Grenzwerte» in Erinnerung gerufen. Die Darstellung fällt angesichts der laufenden AHVG-Novelle etwas kürzer aus.

Rentenanpassung (Art. 68 Abs. 3bis AHVG i.V.m. 77 AHVG): Die Mindestrente von CHF 1'160.– ist durch den Landtag dem Indexstand des Konsumentenpreises (Dez. 2005) von 104.8 Punkten zugeordnet. Im Schnitt der Monate Januar bis Juni 2015 lag der Konsumentenpreisindex mit 102.3 Punkten sogar bei einer negativen «Teuerung» (97.6 % des der aktuellen Rentenhöhe zugeordneten Stands des Konsumentenpreisindex), sodass die Regierung auf Rentenerhöhung verzichten musste.

Aussetzen der Rentenanpassung (Art. 77bis AHVG): Als «Ausgabenbremse» hat der Landtag ausserdem eine positive Teuerungsanpassung der Renten ausgeschlossen, wenn die AHV-Reserven unter fünf Jahresausgaben gesunken wären. Es lässt sich durch den Gesetzgeber im Zuge der laufenden AHVG-Revision steuern, dass eine solche Entwicklung vermieden wird. Der Gesetzgeber ist bereit, auf langfristige Betrachtungen einzugehen. Der von der Regierung vorgeschlagene «Interventionsmechanismus» stiess bei der Sitzung des Landtags vom 3. Dezember 2015 im Kern auf Zustimmung.

IV-Finanzierungsgrenze (Art. 28 IVG): Bekanntlich leistet der Staat «grundsätzlich» ebenfalls einen Beitrag an die IV (nämlich «grundsätzlich» 50% des jährlichen Gesamtaufwands), reduziert jedoch diesen Beitrag, wenn das IV-Vermögen dadurch über 5% des jährlichen IV-Gesamtaufwandes ansteigen sollte. Das in den Vorjahresberichten aufgezeigte Szenario ist nun eingetreten. Der Staat muss nach der Verlagerung der kollektiven Leistungen (Subventionen der IV an Behindertenorganisationen) von der IV zum Staat und dank der finanziell guten Entwicklung der IV das erste Mal seit Gründung der IV anno 1960 keinen Staatsbeitrag an die IV mehr leisten. Dadurch entfällt auch die Begrenzung des IV-Vermögens auf 5% ihrer Jahresausgabe. Das IV-Vermögen konnte dadurch im 2015 anwachsen.

FAK-Defizitgarantie des Staates (Art. 47 FZG): Die Defizitgarantie des Staates (bei Absinken der FAK-Reserven auf 1.0 Jahresausgaben) kommt angesichts des guten Vermögensstandes der FAK derzeit nicht zum Tragen (per Ende 2015: 2.99 Jahresausgaben in Reserve).

Anpassung der Verwaltungskosten-Beitragssätze (Art. 49bis AHVG): Die Kosten für die Durchführung von AHV, IV und FAK werden nicht aus den jeweiligen Fonds getragen. Vielmehr werden für die reinen Durchführungskosten gesonderte Beiträge erhoben und

diese Beiträge müssen die Verwaltungskosten von AHV, IV und FAK decken. Für die Durchführungskosten übertragener Aufgaben (z.B. Ergänzungsleistungen, Pflegegeld usw.) kommt hingegen nach geltendem Recht immer noch der Staat auf. Sobald die Reserven der Verwaltungskosten-Rechnung nicht mehr zwischen 33.33% und 66.67% der Jahresausgabe liegen (netto, d.h. unter Ausklammerung der Kosten bzw. der Kostenvergütung für die Durchführung der übertragenen Aufgaben), hat die Regierung den Verwaltungskosten-Beitragssatz neuerlich festzusetzen. Dieser obere Grenzwert der Reserve-Haltung war Ende 2015 überschritten (79.9 %), sodass die Regierung im 2016 mit Inkrafttreten auf 2017 eine Anpassung prüfen muss. Eine Anpassung der Verwaltungskosten-Beitragssätze wird auch unabhängig von der Reserve-Grösse prüfenswert, wenn im Zuge der AHVG-Novelle die eigentlichen Versicherungsbeiträge erhöht werden. Wenn man hier «Kostenneutralität» bewahren will, müssten parallel zur AHVG-Revision die Verwaltungskosten-Beitragssätze angepasst werden, denn diese bemessen sich eben in Prozent der eigentlichen Versicherungsbeiträge.

3.5 Ausblick

Ein Ausblick wird überstrahlt vom anstehenden Entscheid des Gesetzgebers zur AHVG-Revision. Es handelt sich dabei um den in den letzten 20 Jahren wichtigsten politischen Entscheid in dieser Sache. Der Entscheid ist noch nicht gefällt, sodass hier weitere Ausführungen unterbleiben. Vor dem Hintergrund der fundamentalen Bedeutung ist fast schon müssig, über weitere Ausblicke zu spekulieren. Lediglich der Vollständigkeit halber sei eine kurze Aufzählung versucht:

- im Bereich der AHV die Sanierung des Staatshaushalts in Kombination mit langfristiger finanzieller Sicherheit der AHV (die laufende AHVG-Revision),
- im Bereich der IV der faktische Wegfall des IV-Staatsbeitrags für die nächsten Jahre und damit verbunden ein zeitlich wohl befristetes Anwachsen des IV-Fonds,
- im Bereich der FAK die Diskussion um Verwendung des FAK-Fonds als finanzieller Träger für mögliche neue Aufgaben (Subventionierung von Kindertagesstätten usw., zudem gezielte finanzielle Trägerschaft im Bereich des bisher bei den Krankenkassen angesiedelten «Mutterschafts-Taggelds», um für die Arbeitgeber finanzielle Nachteile in Bezug auf Taggeld-Prämien bei Beschäftigung von Frauen zu korrigieren),
- im Bereich der übertragenen Aufgaben die Diskussion um Neugestaltung der staatlichen Transferleistungen an Private (vgl. die Postulatsbeantwortung der Regierung im Bericht und Antrag 77/2015 sowie die Diskussion im Landtag am 2. September 2015) mit der Variante, dass vor allem die verschiedenen einkommens- und/oder vermögensabhängigen Leistungen (darunter bspw. die Ergänzungsleistungen für Rentner) allenfalls vereinheitlicht und neu geordnet würden,
- im Bereich der Organisation die durch die Regierung im 2016 vorzunehmenden Erneuerungen bei Organen der AHV-IV-FAK-Anstalten (Ablauf der gesetzlichen Mandatsdauerbeschränkung bei 4 von 7 Verwaltungsräten inkl. des Präsidenten; Neubestellung der Revisionsstelle).

Bei dieser Aufzählung ausgeklammert sind kleinere bereits beschlossene oder geplante Gesetzes- oder Verordnungsänderungen sowie die im Hintergrund zu erbringende Pflege der Infrastruktur, v.a. eben der IT-Applikationen. Mittelfristig nötig wird hier eine zeitgemässe IT-Lösung für die FAK. Relativ bald nötig werden aber v.a. Testversionen für eine IT-Lösung betreffend die laufende AHVG-Gesetzesrevision. Es ist zwar noch völlig offen, ob eine Neuerung in Kraft tritt, wann sie in Kraft tritt und welchen genauen Inhalt die Neuerungen haben. Überwiegend wahrscheinlich ist allerdings, dass die Neuerungen deutliche Auswirkungen bei der Umstellung auf die neue Rechtslage haben werden (bspw. beim Rentenalter), was hohen IT-Anpassungsbedarf nach sich zieht. Hier darf nicht vergessen werden, dass die Berechnungsmethodik mit neuem Rentenalter bereits gewährleistet sein muss, bevor das neue Recht Anwendung findet, denn die Kunden wollen zu Recht schon lange vor ihrer Pensionierung wissen, wie hoch ihre Rente ausfallen wird (über 1'500 prognostische Rentenberechnungen pro Jahr). Das bedeutet auch, dass die AHV-Verwaltung eben vorsorglich auch Investitionen in die IT-Applikationen tätigen muss, ohne Gewissheit zu haben, ob bzw. wann es zu Änderungen kommt.

4 > Corporate Governance

Der so genannte «Public Corporate Governance Code» sieht in den Erläuterungen zu seiner Ziff. 1.3 vor, dass im Geschäftsbericht eine Erklärung darüber anzugeben ist, ob den Empfehlungen des «Code» entsprochen wurde. Die AHV-IV-FAK-Anstalten können für ihre Organe Verwaltungsrat und Direktion festhalten, dass den Regeln der Corporate Governance entsprochen wird. Das bedeutet insbesondere, dass auch die von der Regierung erlassenen «Empfehlungen zur Führung und Kontrolle öffentlicher Unternehmen in Liechtenstein» befolgt werden. Die Empfehlungen sind eingehalten, es bestehen keine Abweichungen. In Bezug auf die Transparenz wird auf die verschiedenen Dokumente auf der Homepage der AHV-IV-FAK-Anstalten verwiesen:

- http://www.ahv.li/ueber-uns/ ➦ organisation

Die Homepage enthält konzise Darstellungen über Organisation (Statuten, Eignerstrategie der Regierung, Unternehmensstrategie des Verwaltungsrates, verschiedene Reglemente des Verwaltungsrates, Kurzlebensläufe der Mitglieder des Verwaltungsrates und der erweiterten Geschäftsleitung) sowie das Unterkapitel «Corporate Governance» (mit Darstellung von Verhaltensregeln). In der Praxis wird die Einhaltung konkret definierter Verhaltensregeln von den wichtigsten Entscheidungsträgern (Präsidium des Verwaltungsrates, Mitglieder der erweiterten Geschäftsleitung) jährlich wiederkehrend unterschriftlich bestätigt.

Zum besseren Verständnis ist darauf hinzuweisen, dass die AHV-IV-FAK-Anstalten nicht zur Landesverwaltung im engeren Sinne zu zählen sind. Sie sind als selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts eingerichtet und nehmen als solche relativ wichtige hoheitliche Aufgaben wahr. Allerdings wird dabei die für die Kunden entscheidende strategische Ausrichtung gerade nicht von den AHV-IV-FAK-Anstalten selbst festgelegt, sondern vom Gesetz- und Verordnungsgeber bestimmt. Die AHV-IV-FAK-Anstalten haben somit im Unterschied zu anderen ebenfalls ausserhalb der Landesverwaltung bestehenden Behörden nicht die Aufgabe, im Rahmen eines offenen Auftrags zu fungieren (sie können bspw. «finanzielle Existenzminimumsicherung im Bereich der Alters- und Hinterlassenenvorsorge» nicht selbst definieren). Die Aufgabe der AHV beschränkt sich darauf, die Alters- und Hinterlassenenvorsorge «nach den Bestimmungen dieses Gesetzes» (Art. 2 AHVG) durchzuführen. Es ist nach wie vor der Gesetzgeber, der den Leistungskatalog (z.B. Renten) sowie deren Preis (z.B. Beiträge) und deren Qualität (z.B. Rentenbetrag) definiert. Die aktuelle AHVG-Revision zeigt, vor welch grossen Herausforderungen der Gesetzgeber dabei in Bezug auf das Wechselspiel zwischen «Sanierung des Staatshaushalts» (was für niedrige Staatsbeiträge spricht) und «langfristige finanzielle Sicherung der AHV» (wozu ein verlässlicher Staatsbeitrag beiträgt) gestellt wird.

Regelungen zu Corporate Governance, d.h. zum Verhalten bei Durchführung des Gesetzesauftrags, finden sich unverändert auf mehreren Stufen: auf gesetzlicher Stufe und auch in Instrumenten ohne rechtliche Bindung.

Auf Gesetzesstufe zu erwähnen (neben den Spezialgesetzen AHVG, IVG usw.) ist das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (bspw. Unvereinbarkeitsregelungen, Amtsdauerbeschränkungen usw. in den Art. 5ff ÖUSG).

Unterhalb der Gesetzesstufe besteht der «Public Corporate Governance Code» (d.h. die von der Regierung am 3. Juli 2012 beschlossenen «Empfehlungen zur Führung und Kontrolle von öffentlichen Unternehmen in Liechtenstein», RA 2012/1364). Dieser «Code» hat rein empfehlenden Charakter ohne rechtliche Bindung. Er soll zusammen mit regelmässigem Reporting der Unternehmen an die Landesverwaltung zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Führung und Kontrolle beitragen und damit die öffentlichen Interessen berücksichtigen. Der «Code» enthält unter anderem auch Empfehlungen, welche bei Nichteinhaltung unter Bekanntgabe der Gründe im Geschäftsbericht offengelegt werden sollen («comply or explain»). Es geht dabei um ein Verhalten, das für jedes verantwortungsvolle Unternehmen ohnehin selbstverständlich ist (bspw. Führungskalender mit jährlich wiederkehrenden Schwerpunktthemen, Sitzungsteilnahme, Beschlussfähigkeit, Informationsfluss, Berichtswesen, Verhalten bei Interessenskonflikten usw.). Wie bereits einleitend zu diesem Kapital ausgeführt, sieht der «Code» eben auch vor (in den Erläuterungen zu seiner Ziff. 1.3), dass im Geschäftsbericht eine Erklärung darüber anzugeben ist, ob den Empfehlungen des «Code» entsprochen wurde.

Rentenbestand (Dezember)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Altersrenten	16'403	17'186	17'939	18'685	19'361	*3.6 %*
Kinderrenten	217	253	262	277	275	*– 0.7 %*
Zusatzrenten für Ehefrauen	2'230	2'124	2'035	1'962	1'866	*– 4.9 %*
Verwitwetenrenten	1'619	1'707	1'775	1'892	2'008	*6.1 %*
Waisenrenten	364	350	369	357	366	*2.5 %*
Total	**20'833**	**21'620**	**22'380**	**23'173**	**23'876**	***3.0 %***

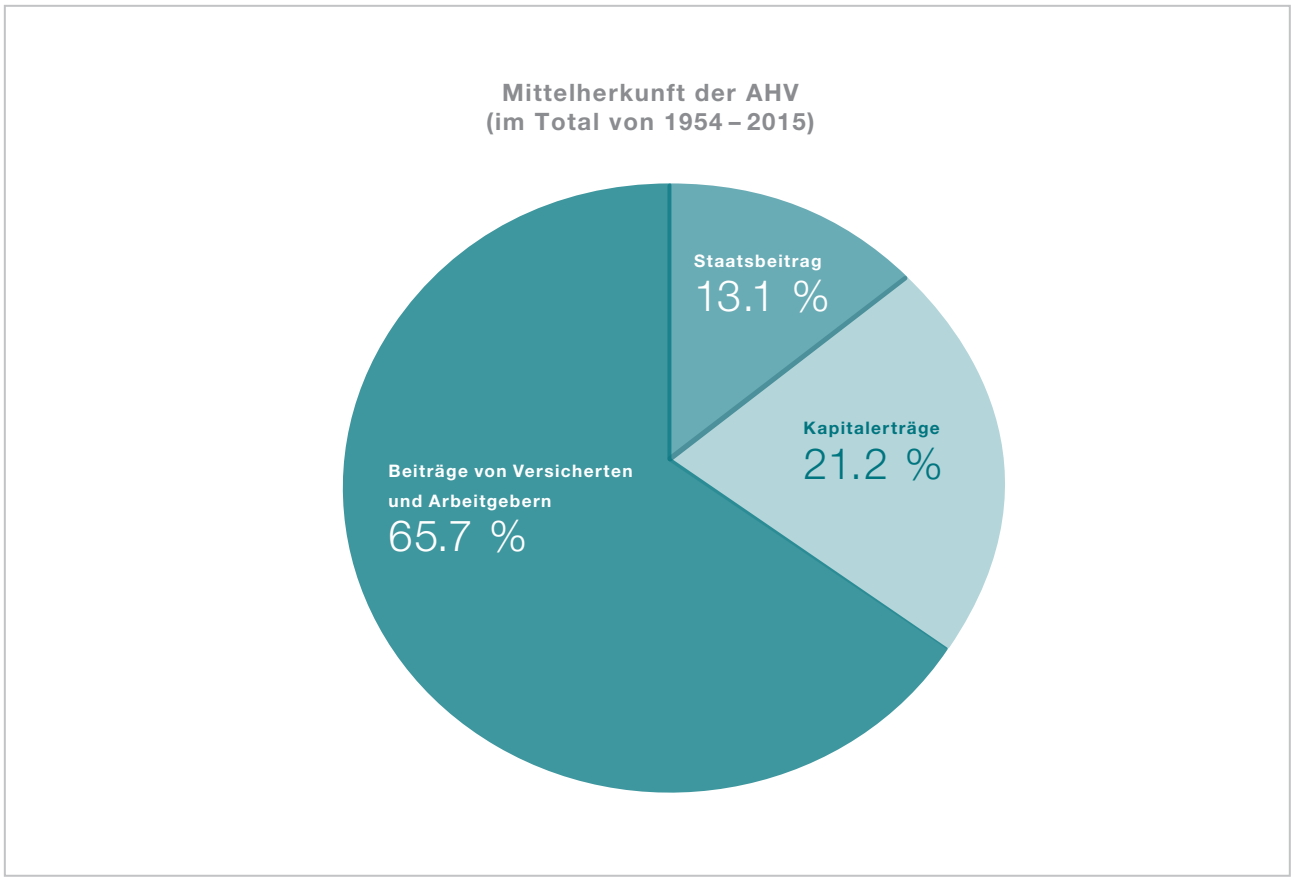
Rentenvorbezug						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Neurenten (Berichtsjahr)	1'245	1'247	1'218	1'299	1'284	*– 1.2 %*
–davon Vorbezugsrenten	726	659	629	699	685	*– 2.0 %*
–in Prozent	*58.3 %*	*52.8 %*	*51.6 %*	*53.8 %*	*53.3 %*	
–davon Vorbezug ab 60	366	325	347	344	342	*– 0.6 %*
–in Prozent	*29.4 %*	*26.1 %*	*28.5 %*	*26.5 %*	*26.6 %*	
Stand Altersrenten (Dez.)	16'403	17'186	17'939	18'685	19'361	*3.6 %*
–davon Vorbezugsrenten	7'175	7'535	8'096	8'676	9'260	*6.7 %*
–in Prozent	*43.7 %*	*43.8 %*	*45.1 %*	*46.4 %*	*47.8 %*	

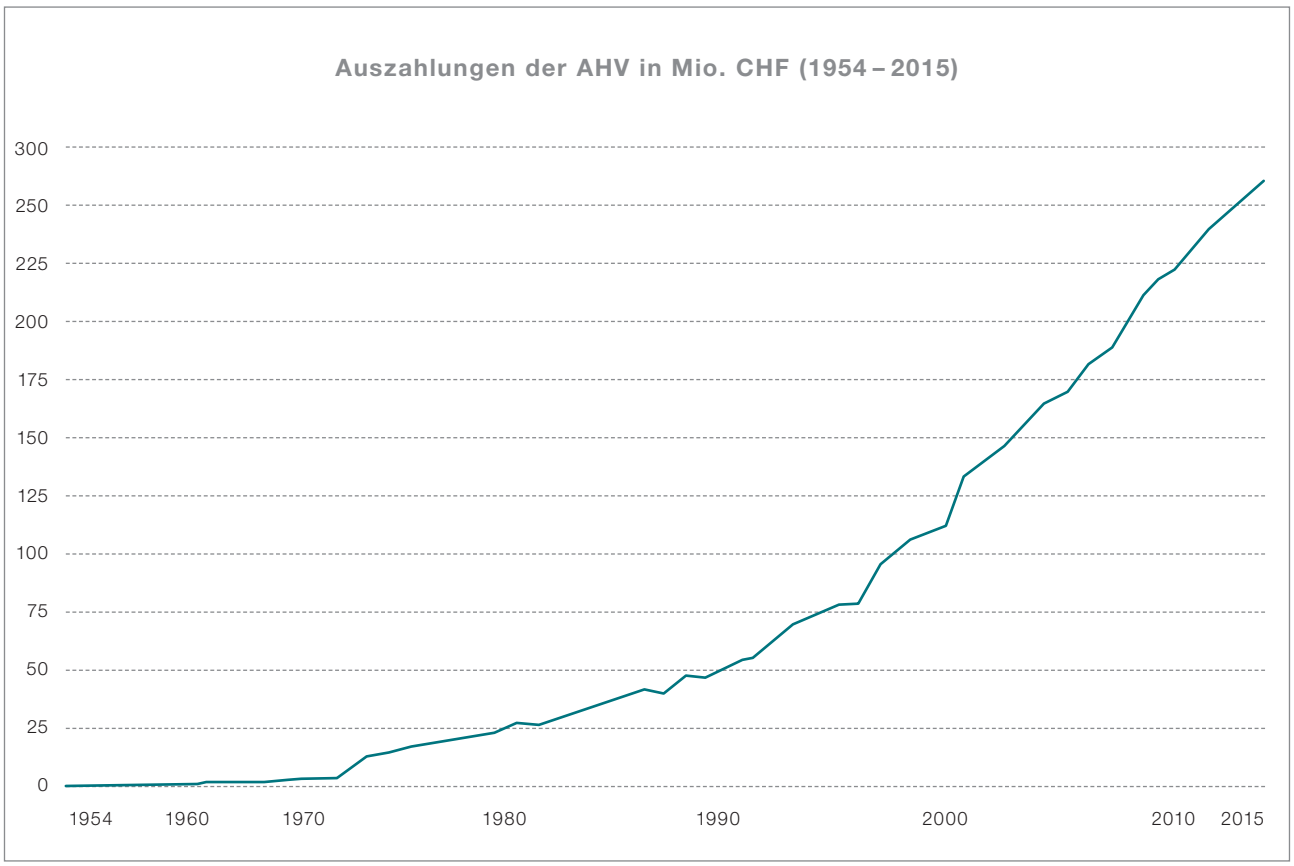
Wohnsitz der Bezüger (Alters- und Hinterlassenenrenten, ohne Zusatzrenten, Dezember)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Liechtenstein	6'850	7'223	7'428	7'671	7'868	*2.6 %*
–in Prozent	*38.0 %*	*38.2 %*	*37.7 %*	*37.3 %*	*36.8 %*	
Ausland	11'172	11'670	12'286	12'906	13'501	*4.6 %*
–in Prozent	*62.0 %*	*61.8 %*	*62.3 %*	*62.7 %*	*63.2 %*	

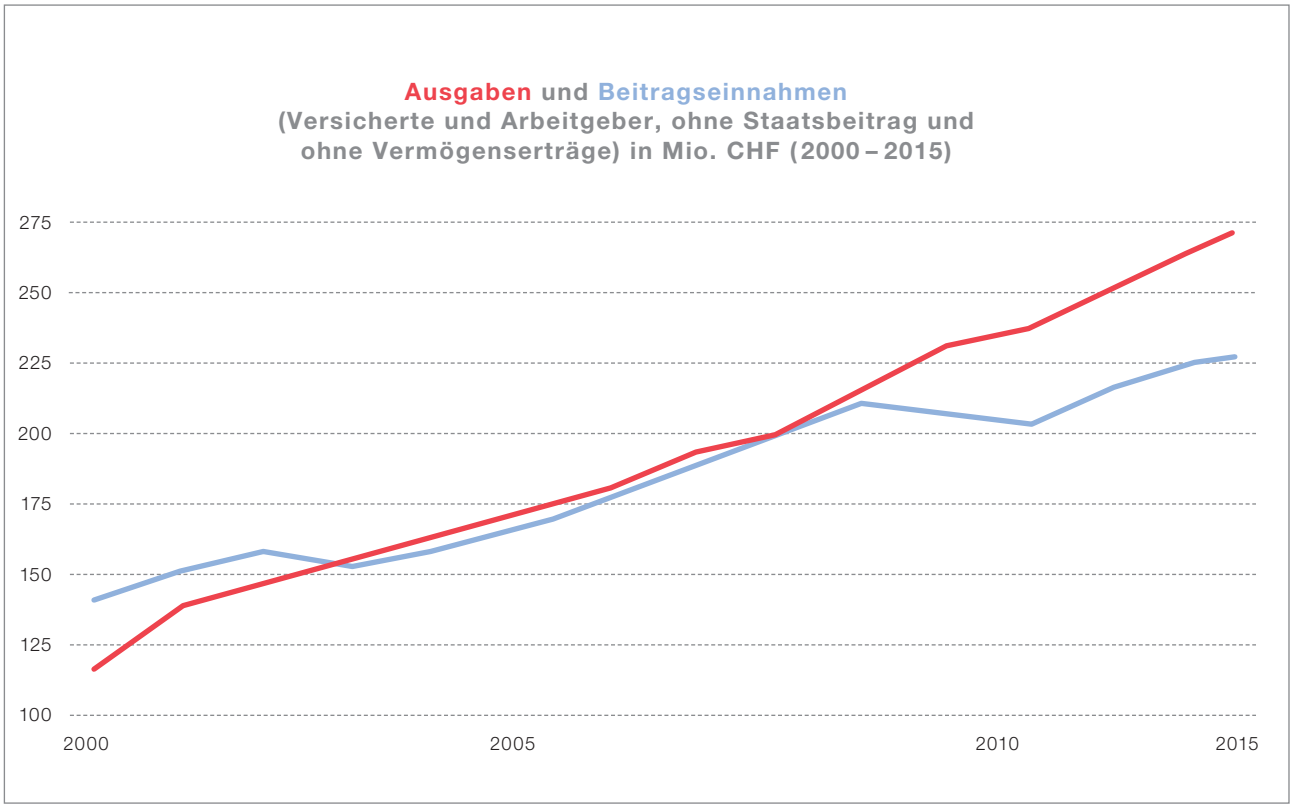
Export der Frankenbeträge (inkl. Hinterlassenenrenten, Dezember)					
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**
Liechtenstein	*66.9 %*	*67.0 %*	*67.0 %*	*66.0 %*	*66.0 %*
Österreich	*18.2 %*	*17.9 %*	*17.7 %*	*17.8 %*	*17.4 %*
Schweiz	*9.2 %*	*9.2 %*	*9.4 %*	*10.1 %*	*10.3 %*
übriges Ausland	*5.7 %*	*5.9 %*	*5.9 %*	*6.1 %*	*6.3 %*

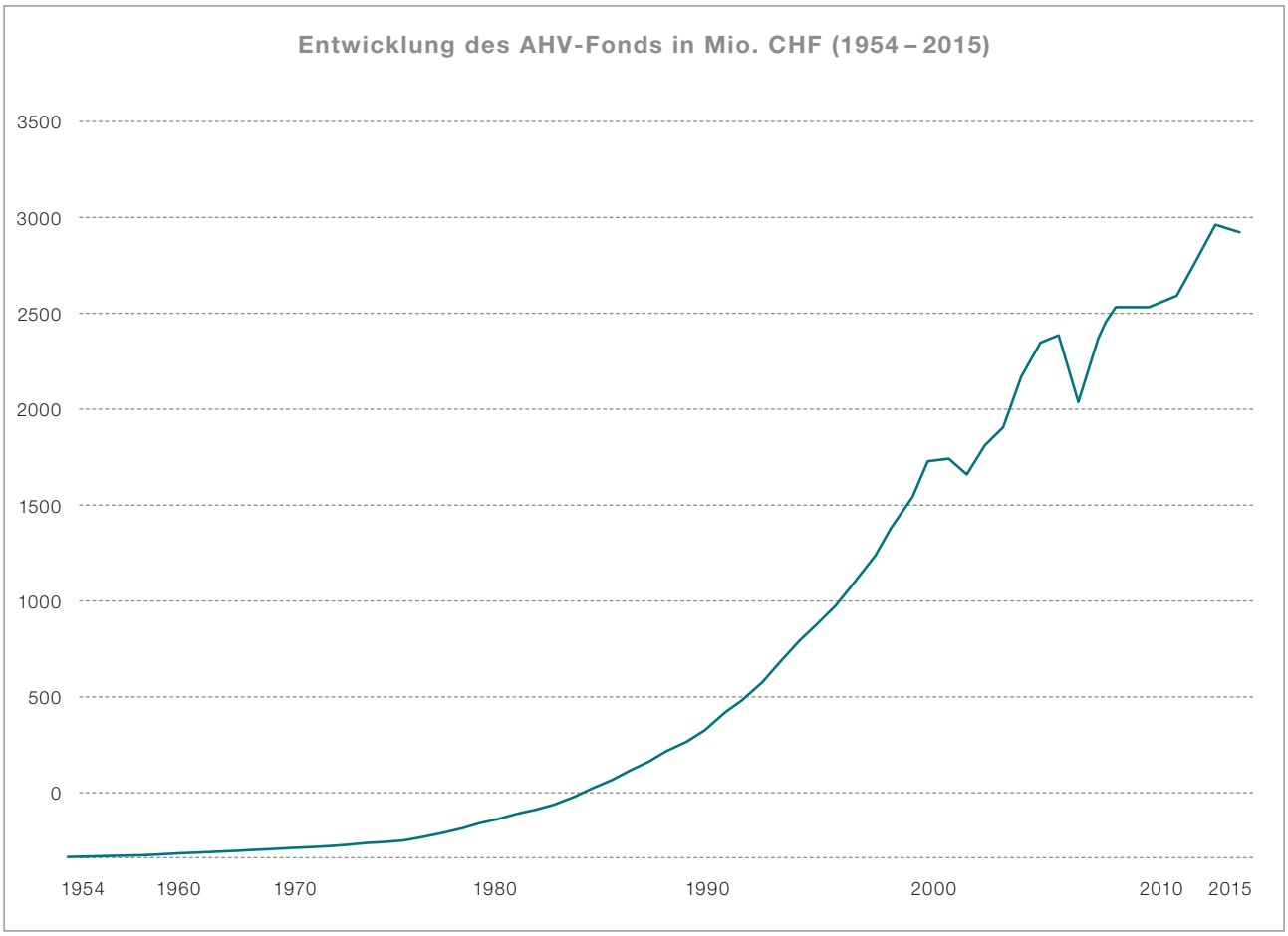
Ausgaben / Einnahmen / Kapital
(in Mio. CHF) Rundungsdifferenzen nach dem Komma

Jahr	Ausgaben	Einnahmen				Kapital		
		Beiträge	Staats-beitrag	Kapitalerträge	Total	Ver-änderung	Stand Ende Jahr	*Jahres-ausgabe in Reserve*
1954	0.37	1.15	0.44	0.01	1.60	1.23	1.23	3.32
1963	1.07	3.37	0.44	0.55	4.36	3.29	20.92	19.55
1973	14.57	23.77	2.92	3.13	29.82	15.25	85.66	5.88
1990	**54.09**	**83.02**	**10.79**	**11.82**	**105.64**	**51.55**	**697.64**	**12.90**
1991	59.70	88.48	11.88	45.11	145.46	85.76	783.41	13.12
1992	66.51	92.30	13.28	53.26	158.83	92.32	875.73	13.17
1993	72.80	95.86	14.56	50.25	160.67	87.87	963.60	13.24
1994	75.75	98.95	15.23	42.59	156.77	81.02	1'044.63	13.79
1995	80.52	107.15	13.45	49.02	169.61	89.11	1'133.74	14.08
1996	83.55	106.35	15.12	64.34	185.81	102.26	1'236.00	14.79
1997	99.50	111.55	17.96	95.43	224.94	125.44	1'361.44	13.68
1998	107.56	119.42	19.44	79.36	218.22	110.66	1'472.10	13.69
1999	113.17	139.14	20.41	84.73	244.28	131.11	1'603.21	14.17
2000	**118.32**	**141.50**	**21.45**	**123.63**	**286.58**	**168.26**	**1'771.47**	**14.97**
2001	138.75	150.95	32.14	– 25.94	157.15	18.40	1'789.87	12.89
2002	147.50	156.69	33.77	– 139.42	51.04	– 96.46	1'693.41	11.48
2003	156.19	153.29	35.50	108.98	297.77	141.58	1'834.99	11.74
2004	163.10	158.01	36.86	58.28	253.15	90.05	1'925.04	11.80
2005	172.27	166.59	38.71	198.66	403.96	231.69	2'156.73	12.51
2006	179.10	177.08	40.18	98.39	315.65	136.55	2'293.28	12.80
2007	190.58	187.35	44.58	5.08	237.01	46.43	2'339.71	12.27
2008	198.69	198.24	46.63	– 345.30	– 100.43	– 299.12	2'040.59	10.27
2009	213.80	208.89	49.67	233.09	491.65	277.86	2'318.45	10.84
2010	**227.73**	**205.26**	**52.64**	**73.77**	**331.67**	**103.94**	**2'422.39**	**10.64**
2011	234.94	201.87	54.39	– 29.46	226.80	– 8.14	2'414.25	10.28
2012	245.14	214.50	56.42	155.71	426.63	181.49	2'595.74	10.59
2013	253.83	217.69	58.21	129.32	405.22	151.39	2'747.13	10.82
2014	262.14	226.27	59.83	165.64	451.74	189.60	2'936.73	11.20
2015	**270.98**	**227.04**	**50.00**	**– 31.71**	**245.33**	**– 25.65**	**2'911.08**	**10.74**
Total seit 1954	**4'550.00**	**4'900.00**	**980.00**	**1'580.00**	**7'460.00**	(gerundet auf 10 Mio.)		
in Prozent		*65.7%*	*13.1%*	*21.2%*	*100.0%*			

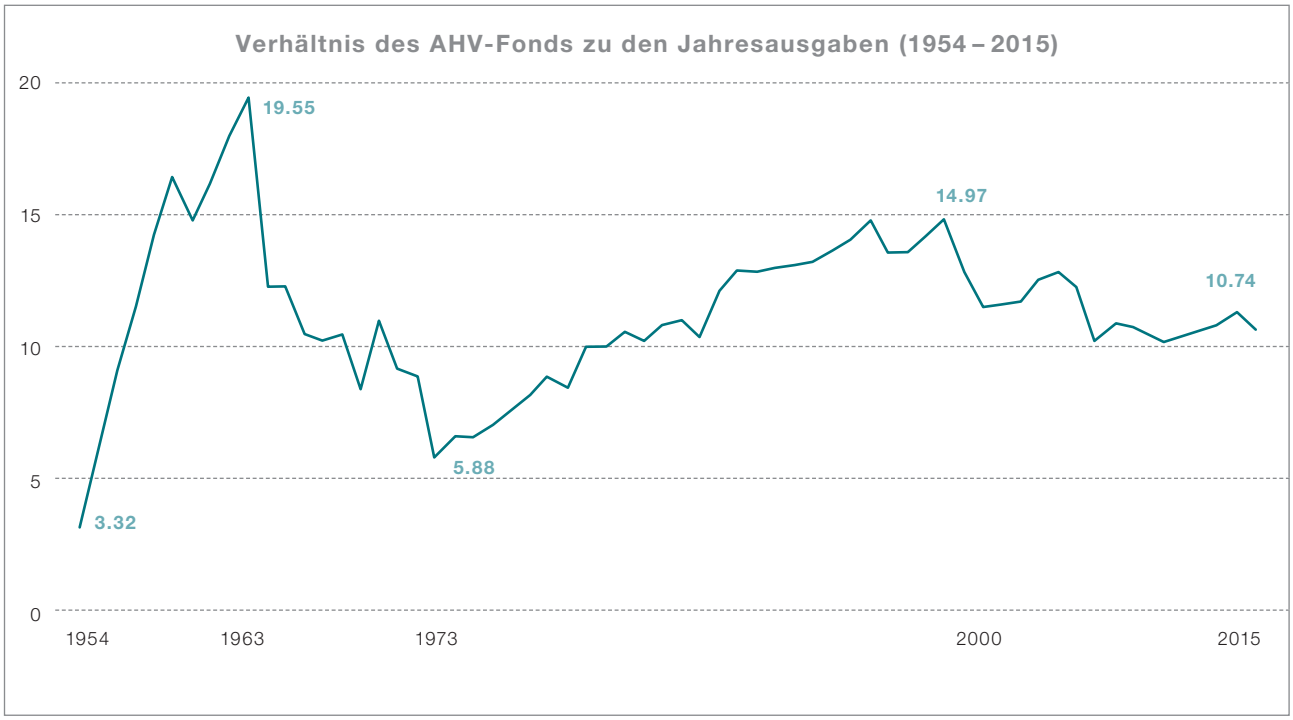

Mittelherkunft der AHV
(im Total von 1954 – 2015)
Staatsbeitrag
13.1 %
Kapitalerträge
21.2 %
Beiträge von Versicherten
und Arbeitgebern
65.7 %


Auszahlungen der AHV in Mio. CHF (1954 – 2015)
300
250
225
200
175
150
125
100
75
50
25
0
1954
1960
1970
1980
1990
2000
2010
2015


Ausgaben und Beitragseinnahmen
(Versicherte und Arbeitgeber, ohne Staatsbeitrag und
ohne Vermögenserträge) in Mio. CHF (2000 – 2015)
275
250
225
200
175
150
125
100
2000
2005
2010
2015


Entwicklung des AHV-Fonds in Mio. CHF (1954 – 2015)
3500
3000
2500
2000
1500
1000
500
0
1954
1960
1970
1980
1990
2000
2010
2015

> Alters- und Hinterlassenenversicherung



6 > Invalidenversicherung

Rentenbestand (Dezember)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Ganze Invalidenrenten	1'615	1'584	1'548	1'522	1'509	*– 0.9 %*
Halbe Invalidenrenten	499	515	477	492	482	*– 2.0 %*
Viertel Invalidenrenten	91	103	99	96	98	*2.1 %*
total Stammrenten	**2'205**	**2'202**	**2'124**	**2'110**	**2'089**	**– 1.0 %**
gewichtete Stammrenten	**1'887**	**1'867**	**1'811**	**1'792**	**1'775**	**– 0.9 %**
gewichtet: Viertelsrente zu 1/4 und halbe Rente zu 1/2 gerechnet						
Kinderrenten	26	621	594	578	543	*– 6.1 %*

Rentenbeschlüsse bei Neuanträgen
(nicht mitgezählt sind Ablehnungen wegen Nichterfüllung der versicherungsmässigen Voraussetzungen, 39 Ablehnungen im 2015)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
Zusprachen	230	247	213	222	218	*– 1.8 %*
in Prozent	*40.7 %*	*44.5 %*	*44.6 %*	*42.4 %*	*39.9 %*	
Abweisungen	335	308	265	301	329	*9.3 %*
in Prozent	*59.3 %*	*55.5 %*	*55.4 %*	*57.6 %*	*60.1 %*	
total Beschlüsse	**565**	**555**	**478**	**523**	**547**	**4.6 %**

Rentenbeschlüsse bei laufenden Renten

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
Erhöhung IV-Stufe	21	23	26	21	22	*4.8 %*
Beibehaltung IV-Stufe	437	485	368	370	450	*21.6 %*
Herabsetzung IV-Stufe	13	10	7	14	4	*– 71.4 %*
Aberkennung IV-Rente	6	12	10	17	11	*– 35.3 %*

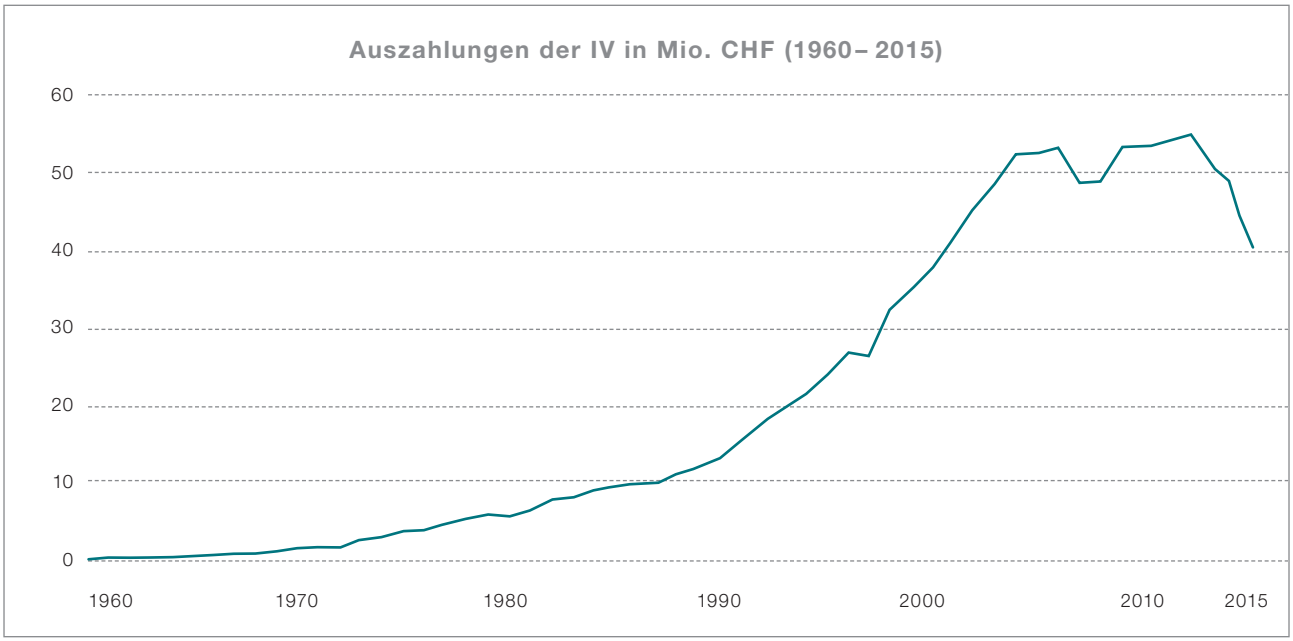
Wohnsitz der Bezüger (IV– Renten, ohne Zusatzrenten, Dezember)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
Liechtenstein	1'113	1'116	1'092	1'051	1'039	*– 1.1 %*
in Prozent	*50.5 %*	*50.7 %*	*51.4 %*	*49.8 %*	*49.7 %*	
Ausland	1'092	1'086	1'032	1'059	1'050	*– 0.8 %*
in Prozent	*49.5 %*	*49.3 %*	*48.6 %*	*50.2 %*	*50.3 %*	

Export der Frankenbeträge (Dezember)

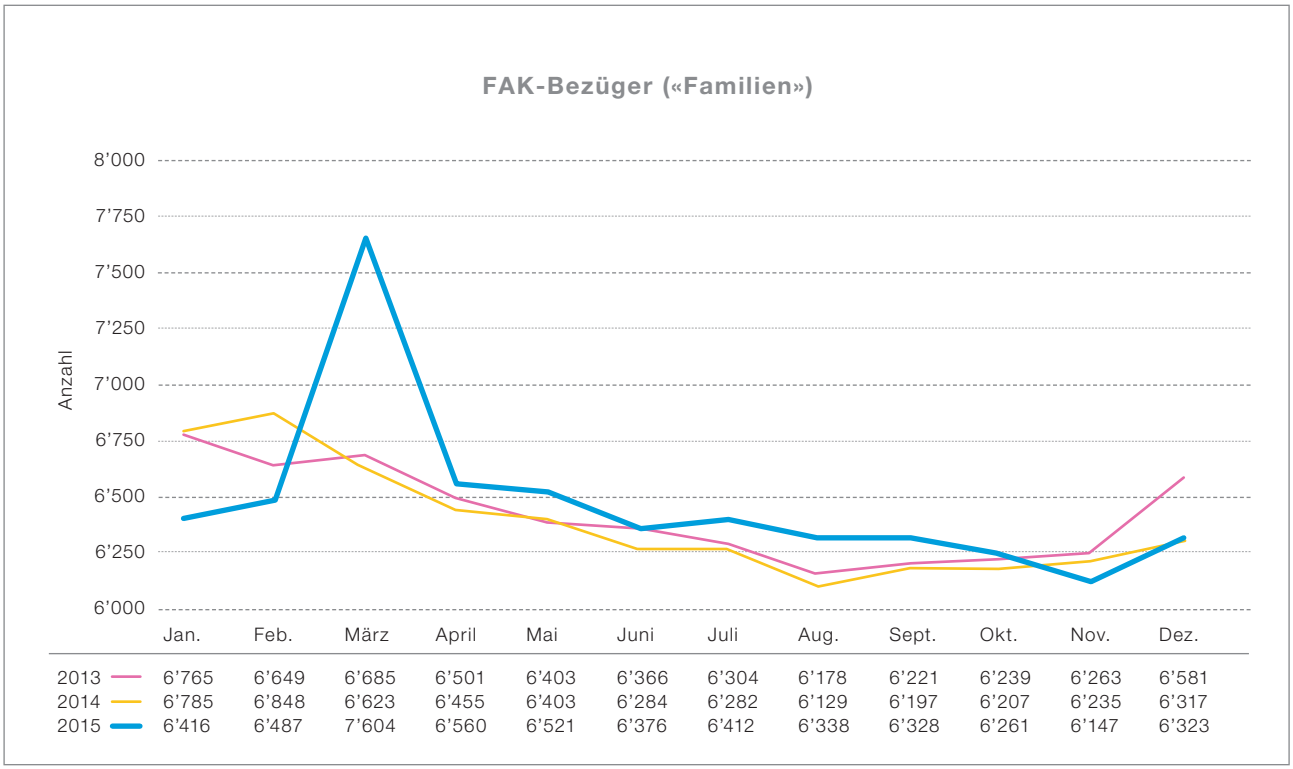
	2011	2012	2013	2014	2015
Liechtenstein	**76.9 %**	**71.6 %**	**71.7 %**	**69.3 %**	**70.0 %**
Österreich	9.1 %	11.2 %	11.1 %	12.5 %	12.2 %
Schweiz	9.2 %	11.0 %	10.9 %	11.2 %	11.3 %
übriges Ausland	4.8 %	6.2 %	6.3 %	7.0 %	6.5 %

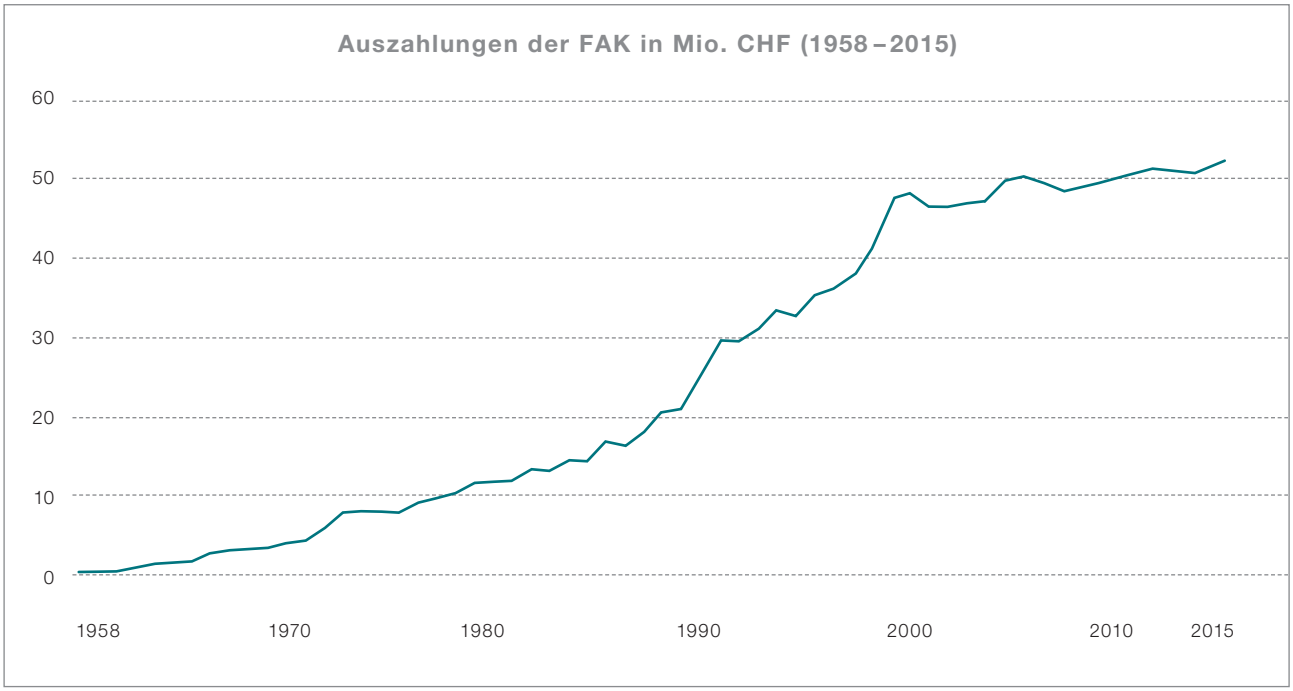
> Invalidenversicherung

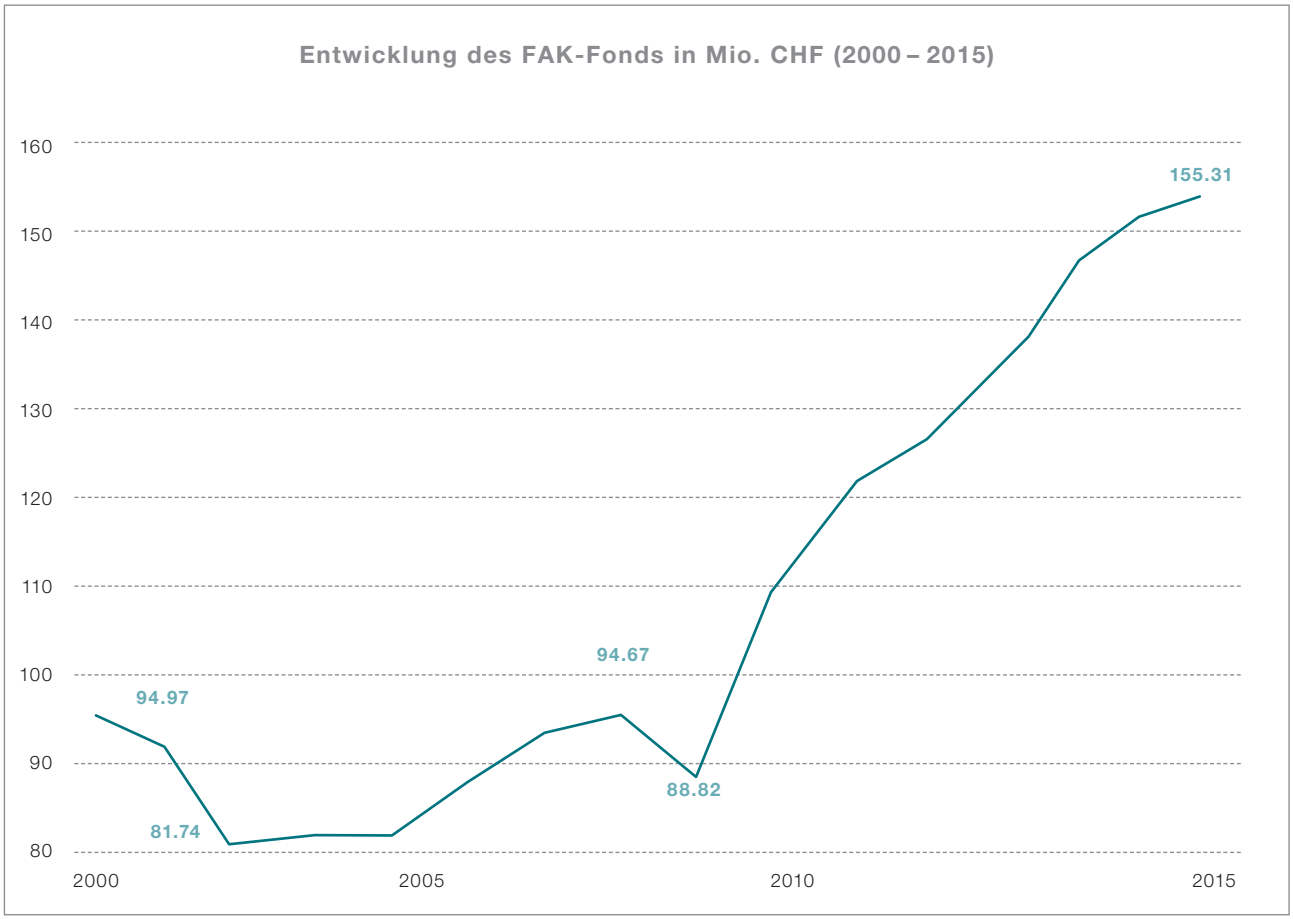


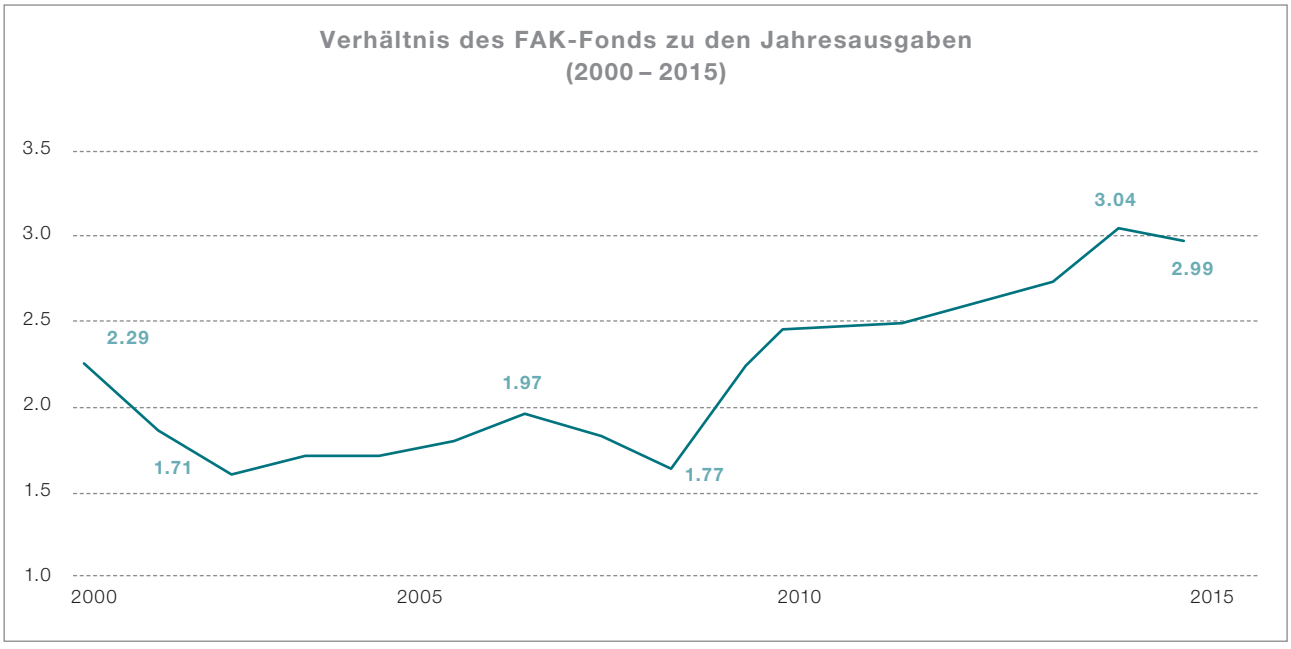
7 > Familienausgleichskasse

Bezüglich der Anzahl Bezüger von Familienzulagen ist es etwas vereinfachend, den Stand per Kalenderjahresende heranzuziehen. Die Zahlen schwanken unter dem Jahr recht deutlich, sodass hier im Unterschied zur AHV oder zur IV eine Betrachtung über das ganze Kalenderjahr repräsentativer ist. Im Verlauf einer Betrachtungsperiode von drei Jahren sind die Zahlen relativ konstant; die Anzahl der Bezüger (ein Elternteil, der Leistungen bezieht) liegt im arithmetischen Mittel bei in einer Grössenordnung von ungefähr 6'400 Familien über die 3 Jahre 2013, 2014 und 2015 (6'430 im 2013 bzw. 6'397 im 2014 bzw. 6'481 im 2015). Die tiefsten Bezügerzahlen sind üblicherweise gegen Ende des 2. Quartals (geringere Beschäftigungszahlen). Die höchsten Bezügerzahlen sind jeweils im 1. Quartal. Dabei handelt es sich um einmalige, im Regelfall für das ganze abgelaufene Kalenderjahr erfolgende Ausrichtung von Differenzausgleichszahlungen an Bezüger, die eine tiefere ausländische Leistung beziehen, sodass die Liechtensteinische FAK nur die Differenz zu allfälligen höheren liechtensteinischen Leistungen auszurichten hat; die Schwankungen über drei Jahre hängen dabei auch davon ab, wie schnell diese saisonale Spitze im Frühjahr abgebaut werden kann. Die veraltete IT-Applikation lässt leider nicht zu, bei der FAK weitere, vertiefte und verlässliche Auswertungen zu machen. Lediglich aufgrund von Erfahrungswerten kann angenommen werden, dass von den Bezügern ca. 60% Wohnsitz im Inland und ca. 40% Wohnsitz im Ausland haben.


FAK-Bezüger («Familien»)
Anzahl
8'000
7'750
7'500
7'250
7'000
6'750
6'500
6'250
6'000
Jan. Feb. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez.
2013 6'765 6'649 6'685 6'501 6'403 6'366 6'304 6'178 6'221 6'239 6'263 6'581
2014 6'785 6'848 6'623 6'455 6'403 6'284 6'282 6'129 6'197 6'207 6'235 6'317
2015 6'416 6'487 7'604 6'560 6'521 6'376 6'412 6'338 6'328 6'261 6'147 6'323


Auszahlungen der FAK in Mio. CHF (1958 – 2015)
60
50
40
30
20
10
0
1958
1970
1980
1990
2000
2010
2015


Entwicklung des FAK-Fonds in Mio. CHF (2000 – 2015)
160
150
140
130
120
110
100
90
80
94.97
81.74
94.67
88.82
155.31
2000
2005
2010
2015


Verhältnis des FAK-Fonds zu den Jahresausgaben
(2000 – 2015)
3.5
3.0
2.5
2.0
1.5
1.0
2.29
1.71
1.97
1.77
3.04
2.99
2000
2005
2010
2015

8.1 Ergänzungsleistungen

Hinweis: Bei der Tabelle «Anzahl Bezüger von Ergänzungsleistungen» wurde die Zählweise präzisiert. Das steht im Wesentlichen vor dem Hintergrund, dass Ergänzungsleistungen für Ehepaare im Unterschied zu Renten keine individuellen Leistungen sind, sondern eine gemeinsame Berechnung erfolgt. Zur besseren Vergleichbarkeit erfolgte diese Präzisierung rückwirkend (die in dieser Tabelle dargestellten Zahlen weichen daher von Vorjahreszahlen ab). Die Zählweise ist (verkürzt dargestellt) wie folgt: bei einem Ehepaar mit zwei Renten wird ein Fall gezählt (die Zuordnung «AHV» oder «IV» ist rechtlich ohne Bedeutung, sie folgt in der Tabelle dem alten Ehepaar-System, die Zuordnung folgt der Rente des Mannes). Auch bei einem Ehepaar mit einem rentenberechtigten im Heim lebenden und einem zu Hause lebenden rentenberechtigen Partner wird nur ein Fall gezählt (gemeinsame Berechnung). Ebenso wird natürlich, wenn nur einer der Partner rentenberechtigt ist, nur ein Fall gezählt. Allerdings erfolgt auf der anderen Seite bei getrennt lebenden Ehegatten keine gemeinsame Berechnung, sondern es werden zwei getrennte Berechnungen gemacht; es werden also zwei Fälle gezählt. Konkubinatspaare werden gesetzlich im EL-Bereich wie Ehepaare behandelt (dieselbe Zählweise, wobei es natürlich keine getrennt lebenden Konkubinatspaare gibt). Dieselbe Thematik stellt sich bei Hinterlassenenrenten: lebt bspw. eine Witwe mit Waisen zusammen, wird ein Fall gezählt. Wohnen die Hinterlassenen in getrennten Haushalten, werden mehrere Fälle gezählt. Zur Klarstellung der Konstellation von Personen, die bspw. eine halbe IV-Rente und zugleich (bspw. beim Vorbezug) eine halbe AHV-Rente beziehen: eine solche Konstellation wurde als «zur IV» gezählt.

Anzahl Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL, Dezember)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
Total EL-Bezüger	672	700	745	761	780	*2.5 %*
–davon «zur AHV»	377	384	407	405	424	*4.7 %*
–davon «zur IV»	295	316	338	356	356	*0.0 %*

Neuanträge auf laufende Ergänzungsleistungen

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
bearbeitete Neuanträge	133	138	151	171	151	*– 11.7 %*
–davon Zusprachen	87	110	132	113	137	*21.2 %*
–davon Ablehnungen	46	28	19	58	14	*– 75.9 %*

Verfügungen über einmalige Krankheitskostenvergütungen

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
bearbeitete Anträge	560	667	760	512	426	*– 16.8 %*
–davon Zusprachen	512	627	752	504	417	*– 17.3 %*
–davon Ablehnungen	48	40	8	8	9	*12.5 %*

Betrag ausgerichteter Ergänzungsleistungen (EL, in CHF)

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
EL «zur AHV»	4'303'025	4'674'235	5'117'490	4'890'078	4'956'028	*1.3 %*
EL «zur IV»	4'404'721	4'252'962	4'532'616	4'571'384	5'211'979	*14.0 %*
Hilfsmittel/Krankheitskosten	291'909	315'753	437'041	362'597	341'317	*– 5.9 %*
Total	**8'999'655**	**9'242'950**	**10'087'147**	**9'824'059**	**10'509'324**	**7.0 %**

8.2 Hilflosenentschädigungen

Anzahl Bezüger von Hilflosenentschädigungen (HE, Dezember)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Total HE–Bezüger	382	376	404	420	415	*– 1.2 %*
–davon «leichten Grades»	28	25	29	32	36	*12.5 %*
–davon «mittleren Grades»	205	193	211	219	211	*– 3.7 %*
–davon «schweren Grades»	149	158	164	169	168	*– 0.6 %*

Betrag der ausgerichteten Hilflosenentschädigungen (HE, in CHF)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Aufwendungen	3'607'927	3'618'046	3'873'662	4'135'694	4'091'665	*– 1.1 %*

8.3 Pflegegeld

Anzahl Bezüger (PG, Dezember)						
(Pflegestufe) Pflegebedarf pro Tag	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
(1) mehr als 1:00 Std.	43	57	78	87	78	*– 10.3 %*
(2) mehr als 2:00 Std.	63	71	83	84	92	*9.5 %*
(3) mehr als 3:00 Std.	72	72	82	92	89	*– 3.3 %*
(4) mehr als 4:30 Std.	45	55	49	55	40	*– 27.3 %*
(5) mehr als 6:00 Std.	36	26	32	39	53	*35.9 %*
(6) mehr als 7:30 Std.	40	44	42	33	29	*– 12.1 %*
offen, prov. Zahlung	1	1	0	0	0	*0.0 %*
Total	**300**	**326**	**366**	**390**	**381**	**– 2.3 %**

Betrag des ausgericheten Pflegegeldes (in CHF)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Aufwendungen	7'642'682	7'634'989	7'518'637	7'785'247	7'874'868	*1.2%*

8.4 Besondere medizinische Massnahmen

Zusprache-Entscheide betreffend besondere medizinische Massnahmen						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Zusprache-Entscheide	369	388	421	356	372	*4.5 %*

Betrag der Ausgaben für besondere medizinische Massnahmen (in CHF)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Aufwendungen	3'087'112	3'127'896	3'541'791	2'927'847	3'365'666	*15.0 %*

8.5 Blindenbeihilfen

Anzahl Bezüger von Blindenbeihilfen (BBH, Dezember)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Total BBH-Bezüger	44	38	42	41	43	*4.9 %*
–«vollblind»	8	8	8	7	7	*0.0 %*
–«praktisch blind»	13	12	12	11	13	*18.2 %*
–«hochgradig sehschwach»	23	18	22	23	23	*0.0 %*

Betrag der Ausgaben für Blindenbeihilfen (BBH, in CHF)						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
Aufwendungen	226'514	204'499	204'863	213'138	202'549	*–5.0 %*

8.6 Anschlusskontrolle im Bereich der 2. Säule

Gemäss BPVG (Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge) hat die AHV als übertragene Aufgabe zu prüfen, ob ein Betrieb für seine Mitarbeitenden eine betriebliche Personalvorsorge im Rahmen der 2. Säule eingerichtet hat. Diese Anschlusskontrolle erfolgt summarisch bei Erfassung eines neuen Arbeitgebers durch die AHV sowie im Zeitpunkt der jährlichen Abrechnung der AHV-Beiträge. Ausserdem erfolgt eine stichprobenweise Prüfung im Rahmen von Arbeitgeberkontrollen vor Ort.

Anschlusskontrolle 2. Säule						
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	*Änderung zum Vorjahr*
erste Erfassung	392	397	424	553	678	*22.6 %*
jährliche Erfassung	4'328	4'415	4'518	4'607	4'653	*1.0 %*
Arbeitgeberkontrollen	138	143	59	86	125	*45.3 %*

8.7 Rückverteilung der CO_2-Abgabe

Gemäss CO_2-Gesetz (Gesetz über die Erhebung einer CO_2-Abgabe auf fossilen Energieträgern) ist die AHV seit 2010 auch mit der untypischen Aufgabe der Umverteilung eines Teils der vom Staat vereinnahmten CO_2-Abgaben betraut. Für das Jahr 2015 erhalten die Arbeitgeber CHF 0.35 pro CHF 1'000 abgerechnete AHV-Lohnsumme. Massgebend ist jeweils die vom Arbeitgeber 2 Jahre vor der CO_2-Rückverteilung massgebende Lohnsumme. Die rückverteilten Beträge variieren sehr stark: sie können pro Arbeitgeber wenige Rappen oder auch mehrere tausend Franken betragen (eben in Abhängigkeit von der Lohnsumme). Ausserdem wird eine deutlich höhere Fallzahl an Unternehmen bearbeitet als dies nachstehend statistisch ausgewiesen ist (es kommt jedoch nicht in allen Fällen zu Rückverteilungen).

Rückverteilung CO_2–Abgabe

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
CHF pro 1'000 Lohnsumme	0.21	0.72	0.71	0.36	0.35	*–2.8 %*
Anzahl Unternehmen	3'406	3'443	3'341	3'445	3'592	*4.3 %*
rückverteilter Betrag	629'581.35	1'668'876.55	1'680'776.00	917'854.00	942'158.00	*2.6 %*

8.8 ALV-Beitragsinkasso

Im Rahmen des ALVG (Gesetz über die Arbeitslosenversicherung) besorgt die AHV seit 2011 auch das Inkasso der ALV-Beiträge. Die von der AHV vereinnahmten Beiträge werden an die ALV überwiesen.

ALV-Beitragsinkasso

	2011	2012	2013	2014	2015	*Änderung zum Vorjahr*
vereinnahmte Beiträge	21'702'071	23'366'936	23'615'523	24'104'916	25'511'595	*5.8%*

8.9 Ressortaufgaben

Nicht auf der Basis eines gesetzlichen Auftrags, aber im Rahmen einer bilateralen Abmachung (vgl. auch die Eignerstrategie der Regierung, Anhang 1) übernimmt die AHV verschiedene Aufgaben für die Regierung (vgl. dazu bspw. den Abschnitt 3.2 dieses Geschäftsberichts):

- Mitwirkung bei der konzeptionellen Rechtsentwicklung,
- Redaktion von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen (sowie technische Erläuterung) im Auftrag der Regierung,
- umfassende Vertretung der Regierung hinsichtlich verschiedener zwischenstaatlicher Instrumente im Bereich der sozialen Sicherheit.

9.1 Leistungsansätze

Während in der Vergangenheit die Renten alle zwei Jahre erhöht wurden, entfällt im Jahre 2013 zufolge der in Kap. 3.4 beschriebenen Neuerung die teuerungsbedingte Rentenanpassung. Im Bereich der Familienzulagen gab es bereits bisher keinen Teuerungsautomatismus (die letzte Anpassung erfolgte im Jahre 2007).

Mindestrente der AHV und IV bei lückenloser Beitragsdauer (in CHF, monatlich, 13 Mal jährlich ausgerichtet)

	2003	2005	2007	2009	seit 2011
Altersrente und IV-Rente (IV-Grad mind. 67 %)	1’055	1’075	1’105	1’140	1’160
Verwitwetenrente	844	860	884	912	928
Waisenrente	422	430	442	456	464
Kinderrente zu Altersrente	422	430	442	456	464
Kinderrente zu IV-Rente IV-Grad mind. 67 %	528	538	442	456	464

Ansätze der Familienzulagen (in CHF)

Alle Ansätze gelten pro Kind (auch die erhöhte Geburtszulage bei Mehrlingsgeburten). Die erhöhte Kinderzulage kommt zur Ausrichtung: für jedes Kind über 10 Jahren, für jedes Kind bei Zwillingen oder Mehrlingsgeburten, für jedes Kind bei Familien mit drei oder mehr Kindern.

	2003	2005	2007	2009	seit 2011
Geburtszulage	2’100	dito	2’300	dito	dito
Erhöhte Geburtszulage	2’600	dito	2’800	dito	dito
Kinderzulage	260	dito	280	dito	dito
Erhöhte Kinderzulage	310	dito	330	dito	dito
Alleinerziehendenzulage	100	dito	110	dito	dito

Ergänzungsleistungen: Einkommensgrenzen (Jahrespauschale für allgemeine Lebenshaltungskosten) in CHF

	2003	2005	2007	2009	seit 2011
Alleinstehende	18’130	18’480	18’996	19’608	19’956
Ehepaare	27’195	27’720	28’494	29’412	29’934
Waisen	9’065	9’240	9’498	9’804	9’978
1 – 2 Kinder pro Kind	9’065	9’240	9’498	9’804	9’978
3 – 4 Kinder pro Kind	6’043	6’160	6’332	6’536	6’652
5 oder mehr Kinder pro Kind	3’022	3’080	3’166	3’268	3’326

Pauschalbeträge bei Hilflosigkeit (in CHF, monatlich)

	2003	2005	2007	2009	seit 2011
schwere Hilflosigkeit	844	860	884	912	928
mittlere Hilflosigkeit	633	645	663	684	696
leichte Hilflosigkeit	422	430	442	456	464

Pflegegeld (in CHF, Höchstbetrag pro Tag) in Kraft seit 2010

Pflegestufe				seit 2010	seit 2011
(Pflegebedarf pro Tag)					
(1) mehr als 1 Std.	- - -	- - -	- - -	10	dito
(2) mehr als 2 Std.	- - -	- - -	- - -	20	dito
(3) mehr als 3 Std.	- - -	- - -	- - -	40	dito
(4) mehr als 4 ½ Std.	- - -	- - -	- - -	80	dito
(5) mehr als 6 Std.	- - -	- - -	- - -	130	dito
(6) mehr als 7 ½ Std.	- - -	- - -	- - -	180	dito

Blindenbeihilfen (in CHF, monatlich)

	2003	2005	2007	2009	seit 2011
für Vollblinde	588	600	616	636	648
für praktisch Blinde	441	450	462	477	486
für hochgradig Sehschwache	294	300	308	318	324

9.2 Finanzierung

Die einzelnen Leistungsarten (AHV, IV usw.) werden unterschiedlich finanziert. Dasselbe gilt auch für die Verwaltungskosten, die aus dem Verwaltungsaufwand für die Durchführung der einzelnen Aufgaben entstehen, auch hier gibt es verschiedene Kostenträger. Die Tabelle gibt einen Überblick über die Komplexität der Finanzierung.

Kernaufgaben 2014 (finanziert durch Versicherte, Arbeitgeber und Staat)

	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Selbst. Erwerbende	Nichterwerbstätige	ANOBAG	Freiw. Versicherte	Staat	Gemeinden	ALV
	Prozentsatz in Bezug auf die Bemessungsgrundlage (z.B. Bruttolohn)						Kostentragung		
AHV	3.80%	4.00%	7.80%	7.80%	7.80%	7.80%	Beitrag	- - -	- - -
IV	0.75%	0.75%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	Prov. Beitrag	- - -	- - -
FAK	- - -	1.90%	1.90%	1.90%	1.90%	- - -	Garantie	- - -	- - -
Verwaltungskosten	- - -	0.4704%	0.4704%	0.4704%	0.4704%	0.3906%	- - -	- - -	- - -
Total 2014	***4.55%***	***7.1204%***	***11.6704%***	***11.6704%***	***11.6704%***	***9.6906%***			
	11.6704%								

Übertragene Aufgaben 2014 (finanziert durch Staat und Gemeinden; ALV für ALV-Inkasso)

		Staat	Gemeinden	ALV
EL	Ergänzungsleistungen	50%	50%	- - -
PG	Pflegegeld	50%	50%	- - -
BBH	Blindenbeihilfen	100%	- - -	- - -
MM	Besondere medizinische Massnahmen nach ELG	100%	- - -	- - -
HE	Hilflosenentschädigungen	100%	- - -	- - -
VK	Verwaltungskosten für «EL, PG, BBH, MM und HE» sowie Ministeriumsaufgaben	100%	- - -	- - -
VK	Verwaltungskosten für Anschlusskontrolle im Bereich der 2. Säule	100%	- - -	- - -
VK	Verwaltungskosten für Rückverteilung CO_2-Abgabe	100%	- - -	- - -
VK	Verwaltungskosten für ALV-Beitragsinkasso	- - -	- - -	100%

Die Beitragssätze der Versicherten und der Arbeitgeber an AHV, IV und FAK sind zwar relativ stabil, können aber eben auch Schwankungen unterliegen.

- Der AHV-Beitragssatz belief sich 1954 auf 4.0 % (je 2.0 % für Arbeitnehmer und 2.0 % für Arbeitgeber). Er wurde 1969 auf 5.0 %, 1973 auf 7.6 % und 2012 auf 7.8 % erhöht (ab 2012 erstmals nicht mehr paritätisch, sondern 3.8 % für Arbeitnehmer und 4.0 % für Arbeitgeber, für welche dabei aber der FAK-Beitragssatz um 0.2 Prozentpunkte gesenkt wurde, sodass dies 2012 kostenneutral für Arbeitgeber ablief).
- Der IV-Beitragssatz war zunächst jeweils 10 % des AHV-Beitragssatzes und erhöhte sich daher mit dem AHV-Beitragssatz. Er wurde aber 1995 vom AHV-Beitragssatz abgekoppelt und entwickelt sich seither unabhängig. Der IV-Beitragssatz wurde per 1995 von 0.76 % auf 1.0 %, per 1996 auf 1.2 % und per 2006 auf 1.5 % erhöht.
- Der FAK-Beitragssatz wurde von ursprünglichen 2.0 % per 1969 auf 2.5 % erhöht und später wieder per 1995 auf 2.2 %, per 2000 auf 2.1 % und per 2012 (Verlagerung zur AHV) auf 1.9 % gesenkt.
- Die Regelung der Verwaltungskosten wurde häufiger geändert. In der Anfangsphase der AHV (d.h. ab 1954) wurden die Verwaltungskosten vom Staat getragen. Ab 1966 hat der Gesetzgeber die Staatsfinanzierung abgelöst und zusätzlich zu den «eigentlichen Versicherungsbeiträgen» separate Verwaltungskosten-Beiträge eingeführt und zwar mit zusätzlichen 5 % zu den eigentlichen «Versicherungsbeiträgen» (entsprechend 0.32 «Lohnprozent»). Der Ansatz wurde mehrmals geändert. Der tiefste Wert war anno 1976 bei 2.2172 «Lohnprozent», bereits ab 1977 aber lag der Ansatz bei 3.240 «Lohnprozent». Seit dem Jahr 2000 liegt der Wert über 0.4 «Lohnprozent», ab 2000 bei 0.4360, ab 2006 erhöht auf 0.4480, ab 2008 gesenkt auf 0.4032 und ab 2013 wieder erhöht auf 0.4704. Die Beitragssatz-Senkung im Jahre 2008 entsprach damals immerhin einer Reduktion um 10 %. Auslöser für diese Senkung waren die «hohen Reserven» in der Verwaltungskosten-Rechnung. Entscheidend war wohl die Behandlung des Verwaltungskosten-Voranschlages 2007 in der Landtagssitzung vom 23. November 2006 (Landtagsprotokoll S. 1958 bis 1961). Dementsprechend folgte dann eben die Reduktion des Verwaltungskosten-Beitragssatzes durch Verordnung der Regierung. Dieser Entscheid war aus damaliger Sicht richtig und konnte auch von den AHV-IV-FAK-Anstalten nachvollzogen werden. Retrospektiv betrachtet erwies es sich leider als problematisch, dass der Beitragssatz zum Zweck eines (bewusst in Kauf genommenen) Abbaus der Reserven per 2008 gesenkt wurde und dass dann aber in der Folge (was beim Entscheid anno 2007 nicht absehbar war) auch das Beitragssubstrat (v.a. das Lohnvolumen in Liechtenstein) zurückgegangen ist. Nachdem dann auch noch die finanzielle Sanierung und Sicherung der Pensionskasse dazu kam, musste der Beitragssatz ab 2013 neuerlich angehoben werden (0.4704 «Lohnprozent»).

In Bezug auf die Beitragspflicht der Versicherten gibt es ebenfalls Unterschiede. Die Arbeitnehmer müssen keine Beiträge an die FAK und an die Verwaltungskosten leisten. Die Selbständigerwerbenden, die Nichterwerbstätigen und die Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber (ANOBAG) tragen hingegen den gesamten Anteil. Die freiwillig Versicherten (ausserhalb EWR) sind nur bei AHV und IV versichert (tragen dafür auch die Verwaltungskosten), können sich jedoch der FAK nicht anschliessen.

Der Staat leistet aktuell immer noch mindestens bis 2018 einen Beitrag an die AHV. Es ist ausserdem auch ein Staatsbeitrag an die IV vorgesehen, der in den Vorjahren auch zur Ausrichtung kam, 2015 jedoch nicht mehr benötigt wurde. In Bezug auf die FAK hat der Staat lediglich eine «Defizitgarantie», die aber faktisch bisher nicht zum Spielen kommt. Er trägt ausserdem 50% der Kosten der Ergänzungsleistungen und des Pflegegeldes sowie die gesamten Aufwendungen für Blindenbeihilfen, besondere medizinische Massnahmen nach ELG und die Hilflosenentschädigungen. Zudem kommt er für die Verwaltungskosten zur Durchführung verschiedener übertragener Aufgaben auf.

Die Gemeinden (nach Massgabe der Einwohnerzahl) kommen für 50 % der Kosten der Ergänzungsleistungen und des Pflegegeldes auf.

Die ALV schliesslich vergütet den AHV-IV-FAK-Anstalten den Verwaltungsaufwand für das Inkasso der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung.

9 > Leistungsansätze und Finanzierung

Für die Zukunft zeichnen sich Änderungen ab. Für die AHV hat die Regierung eine Beitragssatzerhöhung ab 2017 vorgeschlagen. Die Entscheidung hierüber sowie die Regelung des AHV-Staatsbeitrags ab 2018 hängt vom Ausgang der aktuellen AHV-Revision ab (in einem Szenario «worst case» würde der Staatsbeitrag ab 2018 gänzlich entfallen). In Bezug auf die IV ist für die Jahre 2015 bis 2018 eher nicht mit Beitragssatzänderungen zu rechnen (es wird angesichts der speziellen IV-Staatsbeitragsregelung in diesen Jahren auch unabhängig von Gesetzesvorhaben wohl kaum ein IV-Staatsbeitrag fliessen). Bei der FAK wird es in absehbarer Zeit eher nicht zu Beitragssatzänderungen kommen (vorbehalten bleibt, dass eben auch die FAK mit Beitragsverlagerungen in die laufenden Gesetzesvorhaben eingebunden werden könnte). Hinsichtlich des Verwaltungskosten-Beitragssatzes wird für 2016 (spätestens aber im Zuge der laufenden AHV-Revision) wieder eine Neuregelung zu prüfen sein (eine Senkung oder allenfalls auch eine grundsätzliche Neuregelung im Zuge von Kostenverlagerungen).

10 > Personal

Personalbestand

	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung
Vollzeitäquivalent 01.01. bis 31.12.	6'222.9	6'277.9	6'349.5	6'293.7	6'244.2	– 0.79 %
Stellen zu 100% (31.12.)	61.4	62.4	63.6	63.8	64	+ 0.31 %
Personalbestand total (31.12.)	67	68	69	69	69	0 %
- weiblich/männlich (31.12.)	39/28	37/31	39/30	36/33	38/31	
- Vollzeit (31.12.)	53	54	55	54	52	
- Teilzeit (31.12.)	11	11	10	11	13	
- Lernende/Praktikanten (31.12)	3	3	4	4	4	
Durchschnittsalter (31.12.)	36.6	37.4	37.9	37.9	38.9	
Durchschnittliche Dienstjahre (31.12.)	9.2	9.7	9.2	9.6	10.3	
Eintritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	8	8	14	7	9	
Austritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	7	9	10	8	7	
Mitarbeiter-Fluktuation in %	1.6 %	4.6 %	11.9 %	4.5 %	3.0 %	

Der «Vollzeitäquivalent» bezieht sich auf das ganze Kalenderjahr. Die meisten anderen Angaben beziehen sich auf den Stichtag «31. Dezember» des jeweiligen Jahres, so auch die «Stellen zu 100%». Auch zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, die am Stichtag bestanden und kurz nach Beginn des Folgejahres wegfallen, sind in den einzelnen Jahren jeweils mit berücksichtigt. Kleinere Verzerrungen ergeben sich auch dadurch, dass in einzelnen Jahren am Stichtag Stellen auch doppelt besetzt sein können (bspw. wegen Mutterschaft oder bevorstehender Pensionierung). Beim Durchschnittsalter und der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit am Stichtag werden Lernende, Praktikanten, Aushilfen und in Teilzeit beschäftigte Personen als ganze Einheit mitgerechnet; die Zahl hinter dem Komma entspricht hier nicht Monaten, sondern 1/10 eines Jahres. Die «Ein- und Austritte» beziehen sich auf das ganze Berichtsjahr; der Beginn einer Lehre oder eines Praktikums wird als Eintritt gezählt (der allfällige Wechsel von einer Lehre in ein festes Anstellungsverhältnis wird somit nicht als neuer Eintritt gezählt); die Beendigung der Lehre ohne Weiterbeschäftigung wird als Austritt gezählt; kurzfristige bzw. aushilfsweise Beschäftigung im Verlauf des Berichtsjahres sowie vorübergehende Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses (Verlängerung der Karenzzeit) werden sowohl als Eintritt als auch als Austritt gezählt; Teilzeit-Pensen werden bei «Eintritte» bzw. «Austritte» als ganze Stellen erfasst. Die Fluktuationsrate orientiert sich an den Vorgaben zum «Beteiligungs-Controlling» der Regierung (alles «in Köpfen» unabhängig vom Beschäftigungsgrad /freiwillige Abgänge sind alle Abgänge, inkl. Mutterschaft, ausser: Pensionierung und freiwilliger Altersrücktritt, Tod, Invalidität, Kündigung durch AG, Auslaufen von befristeten Arbeitsverhältnissen/Praktikumsverhältnissen, Abschluss der Lehrzeit).

Dienstjubiläen

Maier Hubert	(30 Jahre)	Allemann Markus	(20 Jahre)	Frick Christiane	(10 Jahre)
Keienburg Natascha	(25 Jahre)	Wohlwend Marie-Katrin	(15 Jahre)	Bernhard Deborah	(5 Jahre)
Jäger Andreas	(25 Jahre)	Frick Norman	(15 Jahre)	Wolfinger Maria	(5 Jahre)
Kaufmann Walter	(25 Jahre)	Hoch Alexandra	(15 Jahre)		
Kranz Harald	(20 Jahre)	Hasler Harry	(10 Jahre)		

Das Finanz- und Rechnungswesen

Das Team Finanz- und Rechnungswesen ist Teil der Abteilung Zentrale Dienste. Das Kernteam besteht derzeit aus drei Mitarbeiterinnen. Die Fachgruppe betreut rund 10'500 Kunden auf der Beitragsseite. Hierbei handelt es sich substanziell um Arbeitgeber, Selbständigerwerbende sowie Nichterwerbstätige.

Die Hauptaufgaben des Teams Finanz- und Rechnungswesen bestehen aus: Führung der Buchhaltung der Abrechnungspflichtigen, Fakturierung der Beiträge, Erstellung von Zahlungsvereinbarungen, Mahnwesen, Betreibung der ausstehenden Beiträgen, Abschreibung und Erlass der Beiträge, Antragsstellung auf Konkurseröffnungen sowie die Durchführung von Amtshilfeverfahren. Jährlich werden vom Team Finanz- und Rechnungswesen über 40'000 Rechnungen gegenüber den Abrechnungspflichtigen gestellt. Daraus resultiert ein Beitragsvolumen von vereinnahmten AHV-, IV-, FAK- und Verwaltungskostenbeiträgen von rund CHF 340 Mio. Diese stammen zu 96.8% aus Lohnbeiträgen. 3.2% der Beitragseinnahmen kommen von Selbständigerwerbenden sowie Nichterwerbstätigen. Beiträge, welche nicht fristgerecht beglichen werden, sind gemäss den gesetzlichen Vorschriften unverzüglich zu mahnen. Im Jahr 2015 verschickte die AHV gesamthaft über 6'800 Zahlungserinnerungen und gebührenpflichtige Mahnungen. Sofern diese Nachfrist ungenutzt verstreicht, ist umgehend eine Betreibung beim Fürstlichen Landgericht einzuleiten. In diesem Geschäftsjahr wurden rund 750 Pfändungsanträge eingereicht.

Ausserdem wurden der AHV noch weitere Aufgaben im Beitragswesen zugewiesen. Seit 2010 ist die AHV mit der Umverteilung eines Teils der vom Staat vereinnahmten CO_2-Abgaben betraut. Des Weiteren besorgt die AHV seit 2011 das Inkasso der ALV-Beiträge. Die von der AHV jährlich vereinnahmten ALV-Beiträge von ca. CHF 25.5 Mio. werden an die Arbeitslosenversicherung überwiesen.

Im Gespräch mit Monika Amann, Stv. Abteilungsleiterin «Zentrale Dienste» und Teamleiterin «Finanz- und Rechnungswesen»

Seit wann sind Sie bei der AHV in der Funktion als Teamleiterin sowie als Stv. Abteilungsleiterin engagiert?

Monika Amann: Diese interessante und verantwortungsvolle Position darf ich seit dem 1. Januar 2007 bekleiden. Mir gefallen insbesondere die erstklassige Zusammenarbeit im Team, der breit gefächerte Aufgabenbereich und die stets neuen Herausforderungen.

Was für Aufgaben führen Sie zusätzlich aus?

Ich bin für das Führen des Hauptbuches der Verwaltungskostenrechnung sowie für die Abrechnung der vom Staat finanzierten und zur Durchführung an die AHV übertragenen Aufgaben – wie z.B. der Themenbereich Ergänzungsleistungen – verantwortlich. Ebenfalls fallen die Anlagebuchhaltung sowie die Kreditorenbuchhaltung in meinen Kompetenzbereich. Des Weiteren unterstütze ich den Abteilungsleiter «Zentrale Dienste» bei der Tresorerieplanung sowie der Payroll-Administration.

Das Mahn-, Pfändungs- oder Betreibungswesen gehört sicherlich zum unangenehmeren Aufgaben-Part einer Buchhaltung, doch führt kein Weg daran vorbei?

Das Team Finanz- und Rechnungswesen trägt die Verantwortung für ein ordentliches und speditives Inkasso. Die Mahn- und Pfändungsläufe sind automatisiert und mit den gesetzlichen Fristen hinterlegt. Im Rahmen unserer

v.l. Vanessa Wolfinger, Lernende; Deborah Bernhard, Sachbearbeiterin; Monika Amann, Teamleiterin «Finanz- und Rechnungswesen» und Harald Schädler, Abteilungsleiter «Zentrale Dienste»

Möglichkeiten bieten wir gerne den Abrechnungspflichtigen unsere Hilfe an, indem wir bei Zahlungsschwierigkeiten Zahlungsaufschübe gewähren oder Zahlungsvereinbarungen nach den gesetzlichen Bedingungen mit unseren Kunden eingehen. Im Jahr 2015 konnten 230 Abzahlungsverträge mit den Beitragspflichtigen getroffen werden.

Sie sind in Ihrem Job zusammen mit Ihren Mitarbeitenden mit unzähligen Ein- und Auszahlungen konfrontiert. Wie funktioniert das Controlling, damit nichts durch «die Lappen» geht?

Einzahlungen erfolgen zu rund 80 % über den Einzahlungsschein mit Referenznummer (ESR). Die restlichen 20 % erfolgen manuell auf unser Postkonto oder werden mittels Barzahlung bei uns am Schalter beglichen. Die Eingangszahlungen werden täglich gebucht und anschliessend mit der Rekapitulation der IT abgestimmt. Bei den ESR-Zahlungen erfolgt das Controlling ebenfalls täglich. Die Auszahlungen werden durch Integration mit den Fachapplikationen direkt ins Finanzsystem übermittelt. Die Überweisungen werden durch das Team Finanz- und Rechnungswesen plausibilisiert und zur Zahlung freigegeben.

Eine wesentliche Aufgabe des Teams liegt in der Überwachung und Durchführung von Amtshilfeverfahren. Kommt dies häufig vor?

Gemäss Art. 76 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit leisten sich die Behörden und Träger der Mitgliedstaaten kostenfrei gegenseitig Amtshilfe. Jährlich leiten wir für die ausländischen Sozialversicherungsträger durchschnittlich 15 Betreibungen beim Fürstlichen Landgericht ein. Wir beantragen im Gegenzug alljährlich ungefähr 10 Betreibungsersuchen bei den einzelnen Mitgliedstaaten.

Können Sie ein paar Eckzahlen nennen? Wie steht es generell mit der «Zahlungsmoral»?

Die gesamten gefährdeten Beitragsausstände im Verhältnis zu vereinnahmten Beiträgen belaufen sich 2015 auf 0.72 %. Die effektive Beitragsausfallquote ist seit Jahren auf vergleichsweise tiefem Niveau. Im Geschäftsjahr 2015 beläuft sich die Quote auf 0.16 %. Hierbei handelt es sich um Forderungen, welche weder durch Pfändung, Schadenersatz- noch Amtshilfeverfahren gedeckt werden konnten. Die durchschnittliche Debitorenfrist 2015 betrug 28.3 Tage. Die Debitorenfrist war kleiner als die Rechnungsfrist, d.h. die Fakturen mit grossen Beträgen wurden schneller bezahlt als die kleineren Rechnungen.

Monika Amann

Beruf: Kaufm. Angestellte, Sachbearbeiterin Rechnungswesen KV Schweiz / edupool.ch, Fachausweis für Credit Management
Funktion: Teamleiterin Finanz- und Rechnungswesen, Stv. Abteilungsleiterin Zentrale Dienste
Jahrgang: 1983
Zivilstand/Familie: ledig
Wohnort: Triesen
Bei der AHV seit: 01. 02. 2001

Was gefällt Ihnen an Ihrem Job besonders? Die erstklassige Zusammenarbeit im Team. Die tägliche Herausforderung sowie das selbstständige Arbeiten.

12.1 Allgemeines

AHV und FAK müssen gewährleisten (vgl. Art. 25 AHVG): Sicherheit, genügender Ertrag, angemessene Risikoverteilung sowie Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln (für die Auszahlung der Leistungen). Die Anlageverordnung (erlassen von der Regierung) enthält nähere Vorschriften (als anschauliches Beispiel: die Begrenzung auf einen Aktienanteil von maximal 40%). Im Bereich der Wertschriften haben AHV und FAK eine Pooling-Vereinbarung getroffen (gemeinsames Wertschriften-Portefeuille, auch indirekte Immobilienanlagen enthaltend). Im Bereich der Direktanlagen in Immobilien hingegen ist nur die AHV investiert (die FAK hat keine derartigen Anlagen). Die AHV führt diese Immobiliendirektanlagen (ausschliesslich in Liechtenstein) unverändert als strategische Position; das Ziel ist langfristige und nachhaltige Wertsteigerung unter Beachtung von langfristig guter Lage, Vermietbarkeit und marktkonformer Rendite.

Die IV übt keine Anlagetätigkeit aus. Auch wenn das IV-Vermögen nun, dank des faktischen Wegfalls des Staatsbeitrags über 5% einer Jahresausgabe wachsen kann, hat es 2015 nicht die für langfristige Investitionen nötige Grösse erreicht.

Der Verwaltungsrat hat als wichtigste Aufgabe die Anlage des Vermögens. Er operiert mit einem ausführlichen Anlagereglement (im Internet publiziert). Weitere Einzelheiten sind in Beschlüssen des Verwaltungsrates geregelt.

Der Anlage-Fachausschuss wird vom Verwaltungsrat eingesetzt. Er besteht aus dem Präsidenten und der Vizepräsidentin des Verwaltungsrates sowie einem externen Fachmann (Dr. Andreas Reichlin von der PPCmetrics AG, Zürich). Der Fachausschuss operiert auf der Grundlage recht detaillierter Ausführungsbestimmungen. Er trifft sich zu wenigstens vier turnusmässigen Sitzungen pro Jahr mit der externen Controlling-Stelle und führt regelmässig auch Performance-Besprechungen mit den einzelnen externen Vermögensverwaltern.

Anlagestrategie und Anlageorganisation sowie Anlagebudget im Wertschriften-Portefeuille werden im Anlage-Fachausschuss entwickelt und vom Verwaltungsrat auf Vorschlag des Anlage-Fachausschusses regelmässig neu festgesetzt (in der Regel einmal jährlich). Die Anlagestrategie ist der entscheidende Beschluss des Verwaltungsrates im Rahmen der Vermögensverwaltung. Diese Anlagestrategie, d.h. die Aufteilung (Allokation) auf die einzelnen Anlagekategorien, blieb

AHV-FAK-Fonds (Wertschriften)	untere Bandbreite	**mittlere Strategie**	obere Bandbreite	**effektive Werte 31.12.2015 (gerundet)**
Liquidität CHF	0.0 %	**10.0 %**	20.0 %	*6.1 %*
Obligationen CHF	29.0 %	**39.0 %**	49.0 %	*42.8 %*
Obligationen FW *(Fremdwährung, hedged)*	10.0 %	**15.0 %**	20.0 %	*14.7 %*
Obligationen Emerging Markets LC *(Lokalwährung)*	0.0 %	**3.0 %**	6.0 %	*2.7 %*
Total Obligationen	39.0 %	**57.0 %**	75.0 %	*60.2 %*
Aktien Schweiz / Liechtenstein	7.0 %	**9.0 %**	11.0 %	*10.2 %*
Aktien Welt	7.0 %	**8.0 %**	9.0 %	*8.9 %*
Aktien Welt *(hedged)*	7.0 %	**8.0 %**	9.0 %	*8.4 %*
Aktien Emerging Markets	2.0 %	**3.0 %**	4.0 %	*2.8 %*
Total Aktien	23.0 %	**28.0 %**	33.0 %	*30.3 %*
Immobilienfonds Ausland	0.0 %	**2.0 %**	4.0 %	*2.0 %*
Commodities *(hedged)*	0.0 %	**3.0 %**	4.0 %	*1.5 %*
Total		**100.0 %**		
Total Fremdwährungen	**26.0 %**	**42.0 %**	**56.0 %**	***41.4 %***
davon «Fremdwährungen nicht abgesichert»	**9.0 %**	**16.0 %**	**23.0 %**	***18.5 %***

Betrachtung Fremdwährungen: nach Risikowährung und mit Fund-Look-Through

in den Jahren 2013, 2014 und 2015 unverändert (seit dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 13. Dezember 2012). Auch wenn dabei die Anlagestrategie unverändert blieb, so wurde sie doch regelmässig geprüft (auch unter Bedachtnahme auf die Entwicklung der ausserhalb der Wertschriften geführten Direktanlagen in liechtensteinischen Immobilien) und mindestens ein Mal jährlich auch formell bekräftigt. Wenn die tatsächliche Allokation zu weit von der strategischen Zielallokation abweicht, erfolgt ein so genanntes Rebalancing (Abbau zu hoher Kategorien, Aufbau zu tiefer Kategorien). Die dem Berichtsjahr 2015 zu Grunde liegende Anlagestrategie mit den effektiven Werten per 31. Dezember 2015 ist tabellarisch dargestellt. Für 2016 prüften Anlage-Fachausschuss und Verwaltungsrat schon im 2015 laufend die Chancen und Risiken einer Strategieanpassung; eine effektive Umstellung im 2016 wird aber von der Entwicklung der Märkte abhängen.

Die taktische Umsetzung dieser Strategie erfolgt letztlich nicht mehr verwaltungsintern. Bezüglich der grössten Teile des Vermögens werden also verschiedene spezialisierte und ausgewiesene Banken sowie Vermögensverwaltungsinstitute mit der Bewirtschaftung betraut (wie dies in der Anlageverordnung als Möglichkeit vorgesehen ist). Dabei werden für jedes einzelne Mandat (taktische Mandate, indexierte Mandate usw.) geeignete Vermögensverwalter (eben «Banken» usw.,) beauftragt (jeweils auf Basis detaillierter und spezifischer Verträge).

Controlling und Wertschriftenbuchhaltung werden ebenfalls extern durch Spezialisten besorgt (Überwachung der Einhaltung der Vorgaben durch die externen Vermögensverwalter, Konsolidierung der Wertschriftenbuchhaltung, Controlling gegenüber den Organen der AHV und FAK). Das Mandat wird von der Consaltis AG, Vaduz, wahrgenommen.

Die Geltendmachung von Aktionärsrechten für die 50 grössten schweizerischen Unternehmen (SMI expanded) erfolgt mittels eines Vertrages mit der Ethos Services SA, Genf (betreffend Stimmrechtsempfehlungen und die administrative Unterstützung zur Stimmrechtsausübung). In der Praxis beauftragt somit die Liechtensteinische AHV-IV-FAK bei den betreffenden Generalversammlungen der Firmen des SMI expanded die Ethos Services AG mit der Wahrnehmung der Aktionärsrechte nach sozialen und ethischen Grundsätzen.

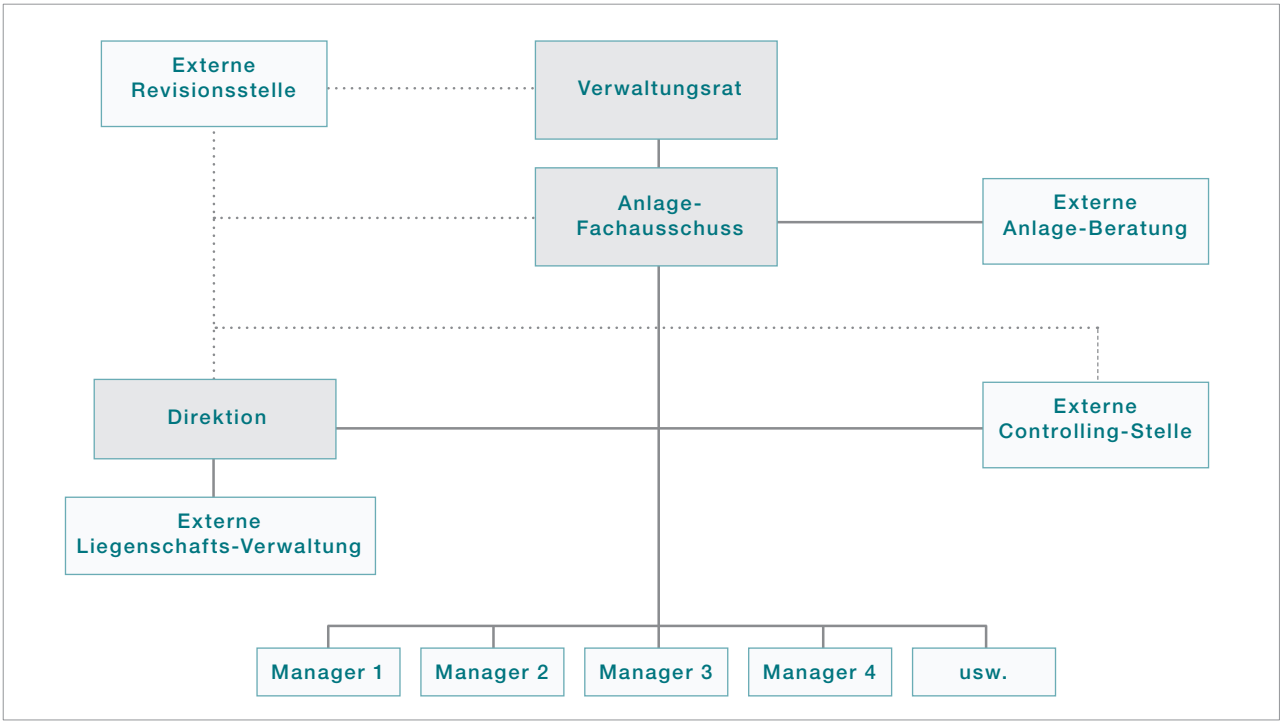
12.2 Berichtsjahr

Entwicklung der Finanzmärkte

Die Situation an den Finanzmärkten entwickelte sich im Jahr 2015 unterschiedlich. Während Schweizer Anleihen positive Ergebnisse erzielten, wiesen die ausländischen Obligationenmärkte negative Renditen aus. Bei den Aktien legten die Schweizer Titel leicht an Wert zu. Mit Ausnahme der Emerging Markets erzielten auch die ausländischen Aktienanlagen sowie ein Grossteil der börsenkotierten ausländischen Immobilienmärkte im Jahr 2015 leicht positive Renditen. Die Alternativen Anlagen wiesen mehrheitlich negative Renditen aus. Die Währungsabsicherung hat sich 2015 infolge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ausgezahlt.

Das Konjunkturumfeld in der EU hat sich im Jahr 2015 weiter erholt. Mit Ausnahme von Frankreich hat das Wachstum fast überall zugenommen und die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Vor allem Spanien und Irland verzeichneten ein starkes Wachstum und auch Italien fand aus der langjährigen Rezession. Die US-Wirtschaft entwickelte sich ebenfalls weiterhin positiv. Europa und die USA profitierten stark vom steigenden Privatkonsum aufgrund des Aufwinds auf dem Arbeitsmarkt. Anders als die westlichen Länder wiesen Japan sowie die Schwellenländer China und Russland im Jahr 2015 weiterhin Wachstumsschwächen auf.

Die internationalen Aktienmärkte verzeichneten im Jahr 2015 mit Ausnahme der Aktien Emerging Markets mehrheitlich positive Renditen. So wiesen der währungsgesicherte MSCI World Developed Markets World Net Return Index eine positive Rendite von +0.95% und der SPI eine Rendite von +2.68% aus. Die Renditen der kleinkapitalisierten Aktien (Small Caps) fielen 2015 mit +0.86% höher aus als die Renditen der gross- und mittelkapitalisierten Aktien der entwickelten Länder (MSCI Developed Markets World Net: –0.14%). Die Schwellenländeraktien (MSCI Emerging Marktes Net Index) wiesen 2015 deutlich negative Renditen (–14.29%) aus.



Die Obligationenmärkte waren 2015 von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Das Zinsniveau in Japan und in der Schweiz ist erneut gesunken. In den übrigen wichtigsten Märkten ist es hingegen gestiegen. Die Kreditaufschläge (Credit Spreads) sind in den meisten Obligationensegmenten nur leicht gestiegen. Aufgrund der unterschiedlichen Effekte (Zinsrückgang bzw. Zinsanstieg und tiefere Kreditaufschläge) erzielten die Obligationen unterschiedliche Resultate. Während in der Schweiz der Zinsrückgang zu positiven Renditen führte, verzeichneten die globalen Anleihen negative Renditen. Das Segment der Schweizer Inlandschuldner konnte stärker vom Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus und der Kreditrisikoaufschläge profitieren (SBI Domestic AAA-BBB mit +2.17%) als das Segment der Auslandschuldner (SBI Foreign AAA-BBB mit +1.10%). Bei den Obligationen Fremdwährungen wies der JP Morgan Government Bond Index Traded (währungsgesichert in CHF) eine Rendite von -0.17% aus. Im Segment der Unternehmensanleihen erzielte der Barclays Capital Global Aggregate Corporate Bond Index (währungsgesichert in CHF) eine negative Jahresrendite von –1.80%. Die Obligationen Emerging Markets (in Lokalwährung) verzeichneten deutlich negative Jahresrenditen (JP Morgan GBI-EM Global Diversified Index: –14.29%).

Die wichtigsten Währungen haben sich im Jahr 2015 (gegenüber dem CHF) unterschiedlich entwickelt: Neben einer leichten Aufwertung des JPY (+0.40%) gewann auch der USD (+0.74%) leicht an Wert. Der EUR und das GBP haben sich gegenüber dem CHF hingegen um –9.56% resp. –4.77% deutlich abgewertet. Entsprechend hatten bei den ungesicherten Fremdwährungen Anlagen in JPY und USD einen positiven und Anlagen in EUR und GBP einen deutlich negativen Einfluss auf das Anlageresultat. Die meisten Indizes ohne Währungsabsicherung hatten aufgrund der Aufhebung des Mindestkurses durch die SNB (15.01.2015) ein deutlich negatives Anlageresultat. Die währungsgesicherten Indizes erzielten daher meist höhere Renditen.

Die Ergänzungsanlagen zeigten uneinheitliche Ergebnisse. Die börsenkotierten ausländischen Immobilienmärkte entwickelten sich im Jahr 2015 mehrheitlich positiv. Der währungsgesicherte FTSE EPRA/Nareit Developed Real Estate Index erzielte mit +0.94% eine leicht positive Rendite. Die Alternativen Anlagen wiesen grösstenteils negative Renditen aus. So musste der währungsgesicherte HFRI Fund of Fund Diversified Index im Jahr 2015 eine negative Rendite von –1.22% hinnehmen. Bei den Rohstoffen resultierten aufgrund

des Preiszerfalls des Erdöls ebenfalls deutlich negative Renditen (währungsgesicherter Bloomberg Commodity Index TR: – 26.02 %).

Entwicklung des Wertschriften-Portefeuilles (AHV und FAK)

AHV und FAK bewirtschaften das Wertschriften-Portefeuille gemeinsam (die AHV, nicht jedoch die FAK, hat zudem noch Direktanlagen in Immobilien in Liechtenstein ausserhalb des Wertschriften-Portefeuilles). Das Ergebnis des Wertschriften-Portefeuilles wird prozentual auf die AHV und die FAK aufgeteilt.

Die absolute Rendite war im Jahr 2015 negativ und betrug –1.24 %. Die Renditen der Vorjahre sind nachstehend aufgeführt:

2003	+ 6.93 %
2004	+ 3.44 %
2005	+11.09 %
2006	+ 4.84 %
2007	+ 0.23 %
2008	– 15.45 %
2009	+ 12.33 %
2010	+ 3.36 %
2011	– 1.73 %
2012	+ 6.86 %
2013	+ 5.29 %
2014	+ 6.55 %
2015	– 1.24 %

Die relative Performance lag (nach Abzug von Kosten und Gebühren) mit – 1.24 %-Punkten unter der Rendite des Referenzindexes von – 0.89 % (eigener Index, der mit der gewählten Anlagestrategie bei optimaler Umsetzung vor Abzug von Kosten und Gebühren erzielbar wäre). Die Übergewichtung der Aktienanlagen, verbunden mit der Untergewichtung der Rohstoff- und Schwellenländer-Anlagen, welche 2015 negative Renditen erzielten, hatten einen positiven Einfluss auf das Ergebnis der AHV-FAK. Negativ beigetragen haben die Anlageergebnisse der Mandate in der Kategorie Obligationen Fremdwährungen, die 2015 negative Renditen erzielten.

Im Vergleich zu anderen institutionellen Anlegern ist das Anlageresultat 2015 unterdurchschnittlich (bspw. im Vergleich zum Credit Suisse Pensionskassen Index mit + 0.95 %). Hauptgründe für dieses Ergebnis sind sowohl die leicht tiefere Aktienquote des AHV-FAK-Wertschriften-Portefeuilles als auch die leicht stärkere Investition in die unterdurchschnittlich rentierenden Schwellenländer (Aktien und Obligationen). Aus steuerlichen Gründen (keine Möglichkeit der Rückforderung der Verrechnungssteuer) investiert die AHV-FAK im Gegensatz zu Schweizer Pensionskassen zudem nur in CHF-Obligationen von Auslandschuldnern (+ 1.10 %), die 2015 eine deutlich tiefere Rendite auswiesen als CHF-Inlandschuldner (+ 2.17 %). Weiter kann auch bei Schweizer Aktien die Verrechnungssteuer auf den Dividenden nicht rückgefordert werden.

Ergänzungsanlagen als Beimischung haben im Jahr 2015 leicht negativ zum AHV-FAK-Wertschriften-Portefeuille beigetragen. Während die weltweiten Immobilienfonds im Jahr 2015 eine leicht positive Rendite auswiesen, mussten die Anlagekategorien Obligationen Emerging Markets und Rohstoffe deutlich negative Jahresrenditen hinnehmen.

Ausblick

Im Jahr 2016 ist von einer Stabilisierung der weltweiten Konjunktur auszugehen. Obwohl die Leitzinsen in den USA am 16.12.2015 bereits vorsichtig angehoben wurden und davon ausgegangen wird, dass auch die Bank of England 2016 eine Erhöhung der Leitzinsen vornehmen wird, dürften die Zinsen 2016 weiterhin auf niedrigem Niveau bleiben. Die Geldpolitik in der Eurozone und in der Schweiz wird tendenziell expansiv bleiben. Trotz positiver Konjunktur-Prognosen führt das weiterhin tiefe bzw. negative Zinsniveau in Schweizer Franken zu tieferen Erwartungen an die erzielbaren Renditen auf dem AHV-FAK-Wertschriften-Portefeuille.

Betriebsrechnung AHV 2015

	2015 CHF	2014 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	227'422'202.70	226'332'793.05
Abschreibungen von Beiträgen	– 469'130.40	– 264'272.45
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	91'460.90	205'374.45
	227'044'533.20	226'273'895.05
Leistungen / weiterer Aufwand		
Renten	– 272'609'670.50	– 263'326'231.88
Hilfsmittel	– 559'439.55	– 481'049.55
Parteientschädigungen	– 4'074.84	– 1'796.25
Herabsetzung und Erlass von Rückerstattungsforderungen	32.00	– 2'021.60
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	2'189'246.04	1'669'195.67
	– 270'983'906.85	– 262'141'903.61
Betriebsergebnis 1 *	**– 43'939'373.65**	**– 35'868'008.56**
Vermögensverwaltungsbereich		
Wertschriftenerfolg	– 32'966'968.52	163'938'758.25
Immobilienerfolg	1'235'210.54	1'635'169.06
Übriger Zinserfolg	16'852.36	67'362.92
Erfolg Kapitalanlagen	– 31'714'905.62	165'641'290.23
Betriebsergebnis 2**	**– 75'654'279.27**	**129'773'281.67**
Staatsbeitrag allgemein	50'000'000.00	52'761'815.55
Beitrag aus LSVA	0.00	7'070'331.80
Gesamtergebnis AHV	**– 25'654'279.27**	**189'605'429.02**

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis inkl. Erfolg aus Kapitalanlagen

Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2015

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
AKTIVEN		
Kapitalanlagen		
Festverzinsliche Werte	1'696'176'664.53	1'714'800'410.03
Aktien	794'120'664.26	806'095'048.57
Übrige Anlagen	47'529'286.60	46'996'162.56
Immobilien	181'998'084.73	186'592'066.13
Banken	62'242'504.48	47'454'080.00
Kurzfristige Geldanlagen	32'184'395.42	46'515'835.78
	2'814'251'600.02	2'848'453'603.07
Gemeinsame Geldmittel		
Bank- und Postguthaben	109'471'872.00	70'647'536.94
	109'471'872.00	70'647'536.94
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	11'416'078.81	17'439'858.20
Provisorische Rentenzahlungen	39'900.00	17'100.00
Rückerstattungsforderungen Leistungsempfänger	57'413.00	42'158.00
	11'513'391.81	17'499'116.20
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	12'976'033.75	23'778'480.58
	12'976'033.75	23'778'480.58
TOTAL AKTIVEN	**2'948'212'897.58**	**2'960'378'736.79**
PASSIVEN		
Kontokorrente		
Nicht bestellbare Renten	8'125.55	4'551.91
Verpflichtung gegenüber IV-Fonds	3'735'755.48	571'521.01
Verpflichtung gegenüber FAK-Fonds	19'441'190.94	14'572'108.89
Verpflichtung gegenüber VK-Rechnung	12'596'551.73	5'947'633.90
	35'781'623.70	21'095'815.71
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	1'349'807.36	2'547'175.29
	1'349'807.36	2'547'175.29
Kapital		
Bestand 1. Januar	2'936'735'745.79	2'747'130'316.77
Gesamtergebnis AHV	– 25'654'279.27	189'605'429.02
Kapital 31. Dezember	2'911'081'466.52	2'936'735'745.79
TOTAL PASSIVEN	**2'948'212'897.58**	**2'960'378'736.79**

Betriebsrechnung IV 2015

	2015 CHF	2014 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	43'736'098.40	43'529'985.40
Abschreibungen von Beiträgen	– 90'640.10	– 51'956.40
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	16'694.10	35'544.16
	43'662'152.40	43'513'573.16
Leistungen / weiterer Aufwand		
Renten	– 34'646'287.00	– 35'492'865.00
Parteientschädigungen	– 22'799.54	– 28'411.52
Früherfassung/Eingliederung	– 3'518'193.28	– 3'054'854.84
IIZ[1] / Kollektive Leistungen	– 3'155'345.66	– 6'978'701.18
Herabsetzung und Erlass von Rückerstattungsforderungen	0.00	– 2'011.00
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	1'489'692.35	1'082'203.91
	– 39'852'933.13	– 44'474'639.63
Betriebsergebnis 1 *	**3'809'219.27**	**– 961'066.47**
Zinsertrag	590.61	1'295.45
Betriebsergebnis 2 **	**3'809'809.88**	**– 959'771.02**
Staatsbeitrag	0.00	719'953.59
Gesamtergebnis IV	**3'809'809.88**	**– 239'817.43**

[1] Interinstitutionelle Zusammenarbeit

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis (inkl. Vermögensertrag)

Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2015

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
AKTIVEN		
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	2'223'911.45	3'404'121.10
Forderung gegenüber AHV-Fonds	3'735'755.48	571'521.01
Rückerstattungsforderungen Leistungsempfänger	291'202.40	36'860.00
	6'250'869.33	4'012'502.11
TOTAL AKTIVEN	**6'250'869.33**	**4'012'502.11**
PASSIVEN		
Kontokorrente		
Kreditoren	160'619.45	172'015.70
	160'619.45	172'015.70
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	0.00	1'560'046.41
	0.00	1'560'046.41
Kapital		
Bestand 1. Januar	2'280'440.00	2'520'257.43
Gesamtergebnis IV	3'809'809.88	–239'817.43
Kapital 31. Dezember	6'090'249.88	2'280'440.00
TOTAL PASSIVEN	**6'250'869.33**	**4'012'502.11**

Betriebsrechnung FAK 2015

	2015 CHF	2014 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Arbeitgeber, SE und NE [1]	55'373'506.20	55'120'858.15
Abschreibungen von Beiträgen	– 115'819.85	– 71'357.28
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	24'776.71	55'950.25
	55'282'463.06	55'105'451.12
Leistungen / weiterer Aufwand		
Kinderzulagen	– 48'601'315.00	– 47'303'371.65
Geburtszulagen	– 2'472'958.00	– 2'287'500.00
Alleinerziehendenzulagen	– 1'365'876.00	– 1'402'547.00
Parteientschädigungen	– 4'074.84	– 1'412.65
Herabsetzung und Erlass von Rückerstattungsforderungen	0.00	– 4'501.64
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	423'020.00	446'289.00
	– 52'021'203.84	– 50'553'043.94
Betriebsergebnis 1 *	**3'261'259.22**	**4'552'407.18**
Vermögensverwaltungsbereich		
Wertschriftenerfolg	– 1'657'287.28	8'241'389.20
Übriger Zinserfolg	3'447.18	12'817.57
Erfolg Kapitalanlagen	– 1'653'840.10	8'254'206.77
Betriebsergebnis 2**	**1'607'419.12**	**12'806'613.95**
Staatsbeitrag	0.00	0.00
Gesamtergebnis FAK	**1'607'419.12**	**12'806'613.95**

[1] SE und NE = Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis inkl. Erfolg aus Kapitalanlagen

Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2015

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
AKTIVEN		
Kapitalanlagen		
Festverzinsliche Werte	85'268'744.42	86'204'981.45
Aktien	39'921'355.70	40'523'321.72
Übrige Anlagen	2'389'351.69	2'362'550.94
Banken	3'129'002.02	2'385'570.98
Kurzfristige Geldanlagen	1'617'946.44	2'338'404.36
	132'326'400.27	133'814'829.45
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	2'965'215.27	4'569'590.91
Forderung gegenüber AHV-Fonds	19'441'190.94	14'572'108.89
	22'406'406.21	19'141'699.80
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	632'117.66	821'384.71
	632'117.66	821'384.71
TOTAL AKTIVEN	**155'364'924.14**	**153'777'913.96**
PASSIVEN		
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	52'302.87	72'711.81
	52'302.87	72'711.81
Kapital		
Bestand 1. Januar	153'705'202.15	140'898'588.20
Gesamtergebnis FAK	1'607'419.12	12'806'613.95
Kapital 31. Dezember	155'312'621.27	153'705'202.15
TOTAL PASSIVEN	**155'364'924.14**	**153'777'913.96**

Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2015

	2015 CHF	2014 CHF
Ertrag		
Verwaltungskosten-Beiträge	13'689'934.41	13'622'642.11
Mahngebühren und Bussen	117'057.32	123'133.12
Zinsertrag	2'640.10	9'752.29
Vergütung für übertragene Aufgaben	2'267'024.35	2'427'389.60
Ausserordentlicher Ertrag	20'755.60	16'228.44
Auflösung Rückstellungen	0.00	2'222'242.00
	16'097'411.78	18'421'387.56
Verwaltungskosten (Aufwand)		
Löhne und Gehälter	– 6'056'350.30	– 5'977'343.05
Sozialleistungen	– 1'172'532.00	– 1'159'846.20
Übrige Personalkosten	– 87'932.19	– 115'420.86
Drucksachen und Büromaterial	– 96'381.54	– 97'371.16
EDV	– 2'947'116.32	– 2'383'217.96
Porti, Telefon und PC-Gebühren	– 327'878.88	– 427'363.68
Miete, Unterhalt und Reinigung	– 898'548.74	– 851'669.74
Revisionskosten	– 128'511.55	– 144'195.05
Beratungskosten	– 21'795.70	– 70'306.85
Unterhalt und Reparaturen von Anlagevermögen	– 32'452.40	– 19'071.70
Abschreibungen auf Anlagevermögen	– 104'377.15	– 149'872.70
Übriger Aufwand	– 203'597.29	– 226'474.87
Bildung Rückstellungen	– 400'000.00	– 7'600.00
	– 12'477'474.06	– 11'629'753.82
Gesamtergebnis VK-Rechnung	**3'619'937.72**	**6'791'633.74**

Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2015

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
AKTIVEN		
Sachanlagen		
Mobilien	116'269.00	142'145.00
EDV-Anlage	66'922.00	43'979.00
Fahrzeuge	3'860.00	8'494.00
Anteilscheine	1.00	1.00
	187'052.00	194'619.00
Geldmittel		
Kasse	2'339.45	2'095.20
	2'339.45	2'095.20
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	1'866'452.35	2'869'375.75
Forderung gegenüber AHV-Fonds	12'596'551.73	5'947'633.90
REF[1] Leistungsempfänger übertragene Aufgaben	272'449.00	146'923.40
	14'735'453.08	8'963'933.05
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	194'192.19	284'882.32
	194'192.19	284'882.32
TOTAL AKTIVEN	**15'119'036.72**	**9'445'529.57**
PASSIVEN		
Kontokorrente		
Kreditoren	3'715'059.57	2'405'969.02
	3'715'059.57	2'405'969.02
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	2'594'949.43	2'112'950.40
Rückstellungen	650'018.90	387'539.05
	3'244'968.33	2'500'489.45
Kapital		
Bestand 1. Januar	4'539'071.10	– 2'252'562.64
Gesamtergebnis VK	3'619'937.72	6'791'633.74
Kapital 31. Dezember	8'159'008.82	4'539'071.10
TOTAL PASSIVEN	**15'119'036.72**	**9'445'529.57**

[1] Rückerstattungsforderungen

Anhang zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2015

1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.1 Grundlagen

Die Jahresrechnung der AHV-IV-FAK-Anstalten per 31. Dezember 2015 wurde in Übereinstimmung mit dem vom Verwaltungsrat erlassenen Reglement über das Rechnungswesen erstellt (im Internet publiziert). Dieses Reglement verlangt, dass die Buchführung so beschaffen sein muss, dass sie sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage der einzelnen Anstalten sowie über die Verwaltungskosten vermitteln kann. Die Buchführung hat den Grundsätzen der Stetigkeit und Vergleichbarkeit, Wesentlichkeit und Klarheit sowie Vorsicht zu folgen.

An weiteren Regularien sind zu erwähnen: Vereinbarung über die gemeinsame Bewirtschaftung des Wertschriften-Portefeuilles der AHV und der FAK (Wertschriften-Pooling); Richtlinien zur Bewirtschaftung des Portefeuilles «interne Liquidität» und der damit einhergehende Beschluss über die Verteilung der Erträge aus der Liquiditätsbewirtschaftung. Verschiedene Geldmittel werden also gemeinsam bewirtschaftet (vgl. Ziff. 1.3.9 «Gemeinsame Geldmittel»).

1.2 Betriebsrechnungen / Verwaltungskostenrechnung

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erfolgen getrennte Rechnungen für AHV, IV und FAK. Die jeweiligen Betriebsrechnungen (Erfolgsrechnungen) bringen entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Anstalten das Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen sowie auch das Betriebsergebnis (Beiträge, Leistungen), das Ergebnis allfälliger Vermögensanlagen, den allfälligen Staatsbeitrag und das Gesamtergebnis zum Ausdruck.

Ausserdem wird gemäss den gesetzlichen Bestimmungen für die reinen Verwaltungskosten eine separate Buchführung vorgenommen (im Sinne einer gemeinsamen Verwaltungskostenrechnung für die drei Anstalten) .

Im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen werden betriebswirtschaftlich erforderliche Rückstellungen und periodengerechte Abgrenzungen grundsätzlich nur in der Verwaltungsrechnung vorgenommen. Im Rahmen der Betriebsrechnungen der einzelnen Anstalten werden demgegenüber Aufwendungen und Erträge grundsätzlich jeweils erst bei Zahlungsausgang bzw. Zahlungseingang verbucht.

Die Bewertung erfolgt, sofern nicht anders aufgeführt, zu Nominalwerten. Die Bewertung erfolgt gesamthaft im Sinne einer Sammelbewertung pro Bilanzposition; allfällige Über- bzw. Unterbewertungen innerhalb einer Position werden gegenseitig verrechnet.

Fremdwährungspositionen werden zum Kurswert am Bilanzstichtag bilanziert.

1.3 Bilanzen

1.3.1 Kapitalanlagen
Die Kapitalanlagen werden zum Kurswert am Bilanzstichtag bewertet. Davon ausgenommen sind Immobilien, welche zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich erforderlicher Abschreibungen bilanziert werden.

Im Zusammenhang mit den Kapitalanlagen werden keine Wertschwankungsreserven gebildet.

1.3.2 Festverzinsliche Werte
Wertschriften, Kassenobligationen und ähnliche handelbare Anlagen werden zum Marktwert bilanziert. Herkömmliche, standardisierte Wandel- und Optionsanleihen werden unter Obligationen verbucht.

Die aufgelaufenen Marchzinsen aus festverzinslichen Werten werden unter der Rubrik Abgrenzungen, übrige Aktiven, ausgewiesen.

1.3.3 Aktien
Aktien werden zum Marktwert bilanziert. Herkömmliche, standardisierte Wandel- und Optionsanleihen mit stärkerem Sachwertcharakter werden je nach Entscheid des Anlagefachausschusses unter Aktien verbucht.

1.3.4 Übrige Anlagen
Edelmetalle, realwirtschaftliche Anrechte (Commodities) sowie nicht-traditionelle Anlagen wie Hedge Funds und Private Equity, Anteile an Immobilienfonds und Ähnliches werden als übrige Anlagen verbucht und zu Marktwerten bewertet.

1.3.5 Immobilien
Die Bilanzierung der Immobilien (Liegenschaften und Bauland) erfolgt zu Anschaffungs- / Herstellkosten, vermindert um die planmässigen Abschreibungen von 3% von den Anschaffungs- oder Erstellungskosten. Wesentliche und andauernde Wertminderungen (bei sinkendem Marktwert) werden durch ausserplanmässige Abschreibungen berücksichtigt. Bei Land und Boden erfolgt grundsätzlich keine Abschreibung, da von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Indirekte Immobilienanlagen wie beispielsweise Anteile an Immobiliengesellschaften sowie Anteile an Immobilienfonds werden unter den Rubriken Aktien bzw. übrige Anlagen bilanziert.

1.3.6 Banken und kurzfristige Geldanlagen
Die Bilanzierung der Bankguthaben und kurzfristigen Geldanlagen erfolgt zu Nominalwerten.

1.3.7 Derivate
Derivative Finanzinstrumente werden unabhängig vom Erwerbsgrund zum Marktwert, dem sogenannten Wiederbeschaffungswert, bilanziert. Die positiven Wiederbeschaffungswerte werden auf der Aktivseite, die negativen auf der Passivseite bilanziert.

1.3.8 Sachanlagen (nur in der Bilanz der Verwaltungskostenrechnung)

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmässigen Abschreibungen. Bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung werden ausserplanmässige Abschreibungen vorgenommen. Abschreibungssätze (vom Anschaffungswert):

Einrichtungsgegenstände	10.0%
Büromobiliar	12.5%
Büromaschinen und techn. Anlagen	20.0%
EDV-Anlagen und Fahrzeuge	33.3%

Software wird im Jahr der Anschaffung direkt dem Verwaltungsaufwand belastet.

Sachanlagen unter CHF 1’500 werden nicht aktiviert.

1.3.9 Gemeinsame Geldmittel
Die gemeinsam bewirtschafteten Geldmittel werden gesamthaft in der Bilanz des AHV-Fonds ausgewiesen.

1.3.10 Kontokorrente: Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen
In Bezug auf die uneinbringlichen Forderungen gelten die gesetzlichen Abschreibungsregelungen. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden hinsichtlich Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen keine vorsorglichen Delkrederepositionen gebildet.

1.3.11 Abgrenzungen
Bei den übrigen Aktiven und Passiven handelt es sich im Wesentlichen um Rechnungsabgrenzungsposten. Einzelheiten sind in Ziffer 2 (Erläuterungen zu einzelnen wesentlichen Positionen) ausgeführt.

(Nach-)zahlungen für individuelle Versicherungsleistungen (im Wesentlichen: Renten, Eingliederungsmassnahmen, Familienzulagen), welche bis zum 31. Dezember noch nicht verfügt worden sind, werden - im Einklang mit den Bewertungsgrundsätzen - nicht periodengerecht abgegrenzt.

Betriebswirtschaftlich erforderliche Rückstellungen und periodengerechte Abgrenzungen werden grundsätzlich nur in der Verwaltungskostenrechnung vorgenommen. In den Betriebsrechnungen der einzelnen Anstalten werden demgegenüber Aufwendungen und Erträge grundsätzlich jeweils erst bei Zahlungsausgang bzw. Zahlungseingang verbucht.

2 Erläuterungen zu einzelnen wesentlichen Positionen

2.1 Betriebsrechnung AHV-Fonds: Zusammensetzung Nettoerfolg der Kapitalanlagen

	2015 CHF	2014 CHF
Zinsen und Wertschriftenerträge	46‘878‘104.16	49‘804‘076.90
Erträge aus Securities Lending	0.00	54.38
Ausserordentlicher Wertschriftenerfolg	34‘535.57	75‘775.76
Kursverluste und -gewinne (=Saldo)	–72‘668‘627.39	121‘436‘621.39
Total Wertschriftenerfolg	–25‘755‘987.66	171‘316‘528.43
Zinsaufwand und Spesen	–604.41	–47.27
Vermögensverwaltungsaufwand und -gebühren	–7‘210‘376.45	–7‘377‘722.91
Total Wertschriftenaufwand	–7‘210‘980.86	–7‘377‘770.18
Total Wertschriftenerfolg	**–32‘966‘968.52**	**163‘938‘758.25**
Immobilienerträge	8‘454‘772.45	8‘458‘384.80
Immobilienaufwendungen	–1‘756‘638.51	–1‘524‘477.59
Abschreibungen auf Immobilien	–5‘462‘923.40	–5‘298‘738.15
Total Immobilienerfolg	**1‘235‘210.54**	**1‘635‘169.06**
Übriger Zinsertrag	16‘852.36	67‘362.92
Total übriger Zinserfolg	**16‘852.36**	**67‘362.92**
Total Nettoerfolg Kapitalanlagen	**–31‘714‘905.62**	**165‘641‘290.23**

Der Vermögensverwaltungsaufwand umfasst auch internen Aufwand (z.B. Sitzungen des Anlagefachausschusses sowie auch Kosten, die aus intern von der Verwaltung aufgewendeten Arbeitsstunden entstehen).

2.2 Bilanz AHV-Fonds

2.2.1 Kapitalanlagen

Laufende (offene) derivate Finanzinstrumente

Per 31. Dezember bestanden folgende offene Derivatpositionen:

	Netto-Wiederbeschaffungswert per 31.12.2015 in CHF	Netto-Kontrakt-Volumen 2015 in CHF	Netto-Wiederbeschaffungswert per 31.12.2014 in CHF	Netto-Kontrakt-Volumen 2014 in CHF
Devisentermingeschäfte	7‘526‘480.81	558‘803‘962.14	–11‘856‘215.27	657‘674‘646.32
Devisenfutures	–32‘836.79	40‘038‘237.45	–77‘583.85	53‘968‘721.30
Aktienwarrants	–	–	–	–
Bezugsrechte	–	–	–	–
Aktienfutures	24‘198.33	2‘325‘424.35	6‘653.25	1‘596‘475.31
Zinssatzfutures	–	–	–705‘209.80	21‘728‘672.40
Edelmetallfutures	–450‘793.68	13‘038‘717.18	–69‘338.54	19‘123‘262.22
Rohwarenfutures	–456‘518.88	27‘311‘107.80	–2‘249‘164.03	35‘210‘672.63

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Summe der am Bilanzstichtag ausgeliehenen Wertschriften	0.00	0.00

Per Bilanzstichtag waren keine Depotwerte verpfändet.

2.2.2 Abgrenzungen

Übrige Aktiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Diverse übrige Aktiven	488.15	0.00
Guthaben aus Abrechnungen Immobilienverwaltung	401‘380.88	369‘060.07
Beitrag aus LSVA	0.00	7‘070‘331.80
Guthaben aus Wertschriftenverwaltung	488‘008.86	337‘763.92
Marchzinsen auf Kapitalanlagen	12‘086‘155.86	16‘001‘324.79
Total übrige Aktiven	**12‘976‘033.75**	**23‘778‘480.58**

Übrige Passiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Verbindlichkeiten aus Abrechnungen Immobilienverwaltung	44‘660.52	73‘040.92
Verpflichtungen aus Wertschriftenverwaltung	1‘040‘415.39	1‘446‘392.52
Staatsbeitrag	4‘000.00	758‘184.45
Diverse übrige Passiven	260‘731.45	269‘557.40
Total übrige Passiven	**1‘349‘807.36**	**2‘547‘175.29**

2.3 Betriebsrechnung IV-Fonds : IIZ / Kollektive Leistungen

Betriebsbeiträge werden bei Zahlung verbucht und per 31. Dezember jeweils nicht abgegrenzt.

Zur Erläuterung: Der Aufwand für Kollektive Leistungen gestaltet sich ab 2013 rückläufig. Verschiedene Kollektive Leistungen (auch die IV-Beiträge an die Sonderschulung) wurden durch den Gesetzgeber aus dem Gesetz über die Invalidenversicherung herausgelöst und werden nach Ablauf von Übergangsfristen an den Staat transferiert (LGBl. 2012 Nr. 68 und 69). Im 2015 sind noch CHF 1‘452‘050.35 IV-Betriebsbeiträge in der Rechnung enthalten.

2.4 Bilanz IV-Fonds: Abgrenzungen

Übrige Passiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Abgrenzung Staatsbeitrag	0.00	1‘560‘046.41
Total übrige Passiven	**0.00**	**1‘560‘046.41**

Betriebsrechnung FAK-Fonds: Zusammensetzung Nettoerfolg der Kapitalanlagen

2.5 Betriebsrechnung FAK-Fonds: Zusammensetzung Nettoerfolg der Kapitalanlagen

	2015 CHF	2014 CHF
Zinsen und Wertschriftenerträge	2‘356‘616.01	2‘503‘708.01
Erträge aus Securities Lending	0.00	2.73
Ausserordentlicher Wertschriftenerfolg	1‘736.14	3‘809.33
Kursverluste und -gewinne (=Saldo)	–3‘653‘135.16	6‘104‘758.10
Total Wertschriftenerfolg	–1‘294‘783.01	8‘612‘278.17
Zinsaufwand und Spesen	–30.38	–2.38
Vermögensverwaltungsaufwand und -gebühren	–362‘473.89	–370‘886.59
Total Wertschriftenaufwand	–362‘504.27	–370‘888.97
Total Wertschriftenerfolg	**–1‘657‘287.28**	**8‘241‘389.20**
Übriger Zinsertrag	3‘447.18	12‘817.57
Total übriger Zinserfolg	**3‘447.18**	**12‘817.57**
Total Nettoerfolg Kapitalanlagen	**–1‘653‘840.10**	**8‘254‘206.77**

Der Vermögensverwaltungsaufwand umfasst auch internen Aufwand (z.B. Sitzungen des Anlagefachausschusses sowie auch Kosten, die aus intern von der Verwaltung aufgewendeten Arbeitsstunden entstehen).

2.6 Bilanz FAK-Fonds

2.6.1 Kapitalanlagen

Laufende (offene) derivate Finanzinstrumente

Per 31. Dezember bestanden folgende offene Derivatpositionen:

	Netto-Wieder-beschaffungswert per 31.12.2015 in CHF	Netto-Kontrakt-Volumen 2015 in CHF	Netto-Wieder-beschaffungswert per 31.12.2014 in CHF	Netto-Kontrakt-Volumen 2014 in CHF
Devisentermingeschäfte	378‘365.47	28‘091‘763.93	–596‘026.56	33‘062‘115.08
Devisenfutures	–1‘650.75	2‘012‘771.55	–3‘900.24	2‘713‘074.14
Aktienwarrants	–	–	–	–
Bezugsrechte	–	–	–	–
Aktienfutures	1‘216.48	116‘901.95	334.47	80‘256.78
Zinssatzfutures	–	–	–35‘451.77	1‘092‘327.14
Edelmetallfutures	–22‘661.95	655‘472.38	–3‘485.73	961‘349.96
Rohwarenfutures	–22‘949.77	1‘372‘963.05	–113‘068.25	1‘770‘083.91

	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Summe der am Bilanzstichtag ausgeliehenen Wertschriften	0.00	0.00

Per Bilanzstichtag waren keine Depotwerte verpfändet.

2.6.2 Abgrenzungen

Übrige Aktiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Guthaben aus Wertschriftenverwaltung	24‘532.76	16‘979.78
Marchzinsen auf Kapitalanlagen	607‘584.90	804‘404.93
Total übrige Aktiven	**632‘117.66**	**821‘384.71**

Übrige Passiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Verpflichtungen aus Wertschriftenverwaltung	52‘302.87	72‘711.81
Total übrige Passiven	**52‘302.87**	**72‘711.81**

2.7 Verwaltungskostenrechnung

Bezüge des Verwaltungsrates (inkl. Tätigkeit von Verwaltungsratsmitgliedern im Anlagefachausschuss) und der erweiterten Geschäftsleitung (Direktion und Abteilungsleiter) pro Jahr (brutto)	2015 CHF	2014 CHF
Verwaltungsrat	76‘100.00	76‘600.00
Direktion und Abteilungsleiter	1‘076‘485.00	1‘087‘297.00

Die Bezüge der erweiterten Geschäftsleitung sind in den einzelnen Jahren nicht direkt vergleichbar (bspw. wegen unterschiedlicher, einmaliger Dienstjubiläumszulagen).

2.8 Bilanz Verwaltungskosten

2.8.1 Abgrenzungen

Übrige Aktiven	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Abgrenzung Kostenvergütung übertragene Aufgaben	3‘049.35	3‘149.00
Abgrenzung übertragene Aufgaben EL[1], HE[2], PG[3], etc.	0.00	189‘985.11
Übrige Abgrenzungen	191‘142.84	91‘748.21
Total übrige Aktiven	**194‘192.19**	**284‘882.32**

Ü**brige Passiven**	31.12.2015 CHF	31.12.2014 CHF
Abgrenzung übertragene Aufgabe ALV-Beitragsinkasso	1‘232‘034.20	1‘914‘850.70
Abgrenzung übertragene Aufgaben EL[1], HE[2], PG[3], etc.	1‘039‘927.28	0.00
Abgrenzung Revisionshonorar	34‘450.00	36‘700.00
Abgrenzung übertragene Aufgabe CO_2 Rückverteilung	9‘856.90	5‘963.55
Übrige Abgrenzungen	278‘681.05	155‘436.15
Total übrige Passiven	**2‘594‘949.43**	**2‘112‘950.40**

[1] Ergänzungsleistungen, [2] Hilflosenentschädigungen, [3] Pflegegeld

2.8.2 Rückstellungsspiegel

	Pensionsversicherung CHF	Frühpension CHF	Ferien/Überzeit CHF	Total CHF
Buchwert per 01.01.2014	8‘978‘000.00	270‘000.00	270‘000.00	9‘518‘000.00
Bildung	0.00	7‘600.00	0.00	7‘600.00
Verwendung	6‘775‘758.00	140‘060.95	0.00	6‘915‘818.95
Auflösung	2‘202‘242.00	0.00	20‘000.00	2‘222‘242.00
Buchwert per 31.12.2014	**0.00**	**137‘539.05**	**250‘000.00**	**387‘539.05**
Bildung	0.00	390‘000.00	10‘000	400‘000.00
Verwendung	0.00	137‘520.15	0.00	137‘520.15
Auflösung	0.00	0.00	0.00	0.00
Buchwert per 31.12.2015	**0.00**	**390‘018.90**	**260‘000.00**	**650‘018.90**

Erläuterungen zur Bildung und Verwendung von Rückstellungen im Bereich der Verwaltungskosten

Die Bildung von Rückstellungen bei Frühpensionierungen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgt aus anfallenden Kosten für angetretene oder zugesagte Frühpensionierungen (die Verwendung erfolgt entsprechend dem Zweck der Rückstellung).

Rückstellungen für Ferien/Überzeit wurden laufend entsprechend den Überhängen am Jahresende gebildet oder aufgelöst.

2.8.3 Eventualforderung

Die AHV-IV-FAK Anstalten gewähren der Vorsorgeeinrichtung Stiftung Personalvorsoge Liechtenstein zur Ausfinanzierung der Deckungslücke für Versicherte und Rentenbezüger ein unbefristetes, zinsloses Darlehen in der Höhe von CHF 2'208'000.-.

Für die Tilgung gelten gemäss Art. 15 Abs. 2 des Gesetzes (SBPVG) folgende Modalitäten:

Überschreitet der Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtung während zwei aufeinander folgenden Jahren 105%, so wird im dritten Jahr 25% des Anfangsdarlehens zur Rückzahlung fällig.
Unterschreitet der Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtung am Ende eines Geschäftsjahres 85%, so verfallen 25% des Anfangsdarlehens an die Vorsorgeeinrichtung.

Die AHV-IV-FAK Anstalten verzichten auf eine Aktivierung mit entsprechender Wertberichtigung, da ein Mittelzufluss von vornherein nicht wahrscheinlich scheint.

3 Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, Pfandbestellungen, weitere Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

3.1 Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, Pfandbestellungen und weitere Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2015	31.12.2014
AHV-IV-FAK-Fonds und Verwaltungskostenrechnung	Keine	Keine

3.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen keine weiteren wesentlichen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage per Bilanzstichtag von Bedeutung sind. Bezüglich der Vornahme von Abgrenzungen wird auf Ziffern 1.1 und 2.3 des Anhangs verwiesen.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfung
Bogenstrasse 7
CH-9000 St. Gallen

Postfach 1142
CH-9001 St. Gallen

Telefon +41 58 249 22 11
Telefax +41 58 249 26 13
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat der

Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten, Vaduz

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Betriebsrechnung AHV, Bilanz AHV-Fonds, Betriebsrechnung IV, Bilanz IV-Fonds, Betriebsrechnung FAK, Bilanz FAK-Fonds, Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK, Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK, Anhang zur Jahresrechnung) der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist die Direktion verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des liechtensteinischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung und im Jahresbericht mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung dem vom Verwaltungsrat erlassenen Reglement über das Rechnungswesen vom 9. April 2008 (Stand 1. Januar 2015) und dem Gesetz.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Der Jahresbericht steht in Einklang mit der Jahresrechnung.

KPMG AG

Daniel Steiner
Wirtschaftsprüfer
Leitender Revisor

Markus Ackermann

St. Gallen, 24. März 2016

Beilagen:
- Jahresrechnung (Betriebsrechnung AHV, Bilanz AHV-Fonds, Betriebsrechnung IV, Bilanz IV-Fonds, Betriebsrechnung FAK, Bilanz FAK-Fonds, Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK, Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK, Anhang zur Jahresrechnung)
- Jahresbericht

Liechtensteinische AHV-IV-FAK
Gerberweg 2
Postfach 84
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein

Telefon 00423 / 238 16 16
Telefax 00423 / 238 16 00
ahv@ahv.li
www.ahv.li